

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B. C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Expedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme halbjährlich 4 Wochen vor dem Quartalschluss, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 11. Nov. 1930

VDA.

Int. Institut
Soc. Geschiednis
Amsterdam

Minister Grimme und die getarnte Reaktion.
Von Hermann Wendel.

SPD. Vom Ende voriger bis in den Beginn dieser Woche tagte in Frankfurt der Hauptausschuss des VDA, des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Die Erörterungen drehten sich vor allem um den Erlass des Kultusministers Grimme, der das Monopol des Vereins auf Werbetätigkeit in den Schulen aufhebt, die VDA-Arbeit als reine Privatsache der jedes anderen Schülerversains gleichstellt und namentlich Leiter und Lehrer staatlicher Unterrichtsanstalten ermahnt, keinerlei Druck zum Eintritt in den Verein auf die Schüler auszuüben.

Wie verhält es sich mit dem VDA, der organisatorisch und zahlenmässig mit dreissig Landesverbänden, über siebentausend Einzelgruppen und rund zwei Millionen Mitgliedern eine ansehnliche Macht darstellt? Soweit der Verein die Tatsache ins Bewusstsein zu hämmern sucht, dass das Deutschtum in aller Welt eine einzige grosse Kulturgemeinschaft bildet, soweit er in Deutschland Aufklärung über die Lage der deutschen Minderheiten in den andern Ländern verbreitet, soweit er auf Grund seiner Geldsammlungen und Zuwendungen den Schuleinrichtungen dieser deutschen Minderheiten moralische und materielle Hilfe leistet, ist gegen seine Wirksamkeit nichts einzuwenden. Ganz im Gegenteil! Wir Sozialdemokraten sind die Letzten, zu leugnen, dass in der nationalen Verbundenheit durch die gleiche Sprache und Gesittung hohe Menschheitswerte stecken, und liegen die Dinge wie bei den Deutschen im Reich und in Österreich, wo unheilvolle Dynastienpolitik durch dieselbe zusammenhängende Volksmasse einen sinnlosen Schnitt tat, so verlangt die Sozialdemokratie am stürmischsten, dass Blut zu Blut komme. In dem eben beendeten österreichischen Wahlkampf ist von den Rednern unserer, der reichsdeutschen Partei, immer wieder die Losung des Anschlusses wahrhaftig nicht als Lippenbekenntnis verkündet worden.

Aber ob er gleich politische und konfessionelle Neutralität als Aushängeschild führt, steht der VDA nicht ganz zu Unrecht im Verdacht, in seiner Haltung sich von dem, was am Wesen der deutschen Republik zukunftsweisend ist, bewusst zu trennen. Nie und nirgends hat er sich zur neuen Staatsform bekannt, dafür gelegentlich in einem seiner Organe an der "nach westlichem Muster ideallos über Nacht aufgebauten Republik" gemäkelt, und, wo es irgend angeht, vermeidet er ängstlich, die Reichsfahne zu zeigen: auf dem Deutschen Abend des Landesverbandes Westfalen-Süd etwa im Februar des Jahres zu Dortmund hingen im Festsaal zwei Dutzend Fahnen, nur eine fehlte: Schwarzrotgold. Am Ende lässt sich auch von den Admirälen und Generälen, Exzellenzen und Geheimräten, Universitätsprofessoren und Oberstudiendirektoren, die im VDA den Ton angeben, nicht erwarten, dass sie anders als mit verlegenem Räuspern und Hüsteln von dieser - ehem - Republik sprechen.

Logische Folge, dass zum mindesten ein Teil der Vereinstätigkeit in nationalistische Hetze gegen die Nachbarvölker ausartet. Wenn der kaiserliche Staatssekretär a.D. Hintze, damals Vorsitzender, auf der Kufsteiner Tagung von 1926

die Jugend auffordert, an den Grenzen entlangzuwandern, "und seht ihr das waldig grüne deutsche Böhmerland zu euch emporschimmern, oder vom Rhein, unserem Strom das Strassburger Münster, dann wird in euch der Hass aufwachen und die Wut gegen die, die uns das geraubt...", wenn im Frühjahr 1929 VDA-Jugend mit "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" in Flensburg einmarschiert, wenn ein Dr. Ewert im gleichen Jahr auf einer Charlottenburger VDA-Kundgebung geifert: "Dass alle Franzosen Schweinehunde sind, lässt sich historisch belegen", wenn die "Deutsche Welt", Organ des Vereins, Ostern 1930 berserkert:

Wer hinterm Ofen seufzt und flennt,
Den können wir nicht brauchen.
Ins Feuer, das zum Himmel brennt,
Lasst uns das Eisen tauchen.
Das Eisen, das als Siegfriedsschwert
Hellblitzen soll im Maien,
Damit wir, unserer Väter wert,
Das Land vom Feind befreien,

so widerspricht diese Tonart so gröblich dem Geist der Völkerversöhnung, der nach der Reichsverfassung in den Schulen der Republik in die Herzen zu pflanzen ist, dass die kühle Haltung des Ministers Grimme gegen den VDA mehr als verständlich erscheint. Und die Katze lässt das Mäusen nicht: eben macht der vereinsoffizielle Bericht über die Frankfurter Tagung, in Bausch und Bogen vom "Chauvinismus der Tschechen" sprechend, für die von Regierung und öffentlicher Meinung in Prag fast einmütig getadelten Ausschreitungen einiger nationalistischer Rüpel gegen die deutschen Tonfilme ein ganzes Volk verantwortlich.

Die stärkste Belastung des VDA aber ist sein österreichischer Flügel, der "Deutsche Schulverein Südmärk", der einst von Viktor Adler und Pernerstorfer, ehe sie zur Partei gehörten, aus der Taufe gehoben wurde und sich seitdem zur stursten Kampforganisation des österreichischen Deutschtums gegen die anderen Völker der Donaumonarchie entwickelte. Von diesem zähnefletschenden Ungeist hat er sich nicht etwa bei seiner Verschmelzung mit dem VDA vor vier Jahren befreit, sehr mit nichten. Wie vielmehr in der deutschen Studentenschaft und in der Deutschen Burschenschaft die Österreicher die ärgsten rechtsradikalen Stänkerer sind, so huldigen auch im VDA die österreichischen Gruppen dem bösartigsten und verbohrtesten "völkischen" Stumpfsinn. Ganz offiziell nehmen sie, längst hitlerreif, Juden nicht auf, und als der wahrhaftig zahme Dr. Külz sich dieserhalb auf der diesjährigen Salzburger Tagung gegen die Rasseschnüffelei wandte, schäumte die Entrüstung wider ihn, und der Vorstand musste hier beschwichtigen und musste da beschwichtigen.

Der Vorstand versucht natürlich, da bar Geld auch von der Republik lacht, den Rechtskurs des VDA möglichst wenig merken zu lassen. Da es galt, bei dem Kultusministerium wegen Ausdeutung des dem Verein sehr peinlichen Erlasses um gut Wetter zu bitten, war auf der Frankfurter Tagung sogar Schwarzrotgold zu sehen, und es klangen Töne auf wie: "Durch Volkstum führt der Weg zum Menschen-tum, durch nationale Behauptung zur Völkerversöhnung". Aber solange der VDA nicht klipp und klar dem in seinen Reihen gepflegten nationalistischen Hetzgeist aufsagt und solange er die österreichischen Rechtsradikalinskis sich austoben lässt, hat er auf die Unterstützung durch republikanische Behörden keinerlei Anspruch. Die getarnte Reaktion noch amtlich zu fördern, liefe auf Selbstmord des neuen Deutschland hinaus!

SPD. Frankfurt/M., 11. Nov. (Eig. Drahtb.)

Am Montag nachmittag wurden die beiden rohen Burschen, die am Sonntag den Führer der Frankfurter Sozialistischen Arbeiterjugend Ernst Langendorf in vierhischer Weise durch Fusstritte ins Gesicht misshandelten, aus der Polizeihaft vor das Schöffengericht geführt. Es handelt sich um den 20 jährigen Schlosser

Max Hahn und den gleichaltrigen Helmut Ernst, zwei typische Lausbubenhafte Hakenkreuzgesichter. Hahn ist derjenige, der dem bewusstlos auf den Strassenbahnschienen liegenden Langendorf mit den Stiefeln ins Gesicht trat, er war in Nazikleidung. Amtsgerichtsrat Nathan bezweifelte, ob man diesen Fall im Schnellverfahren erledigen könne. Er liess im Krankenhaus anfragen und es wurde ihm mitgeteilt, dass Ernst Langendorf mit einer Gehirnerschütterung in schwerem Fieber liege. Daraufhin beschloss das Gericht, die Sache zu vertagen, weil man nicht wisse, ob der Fall Langendorf, der sich jetzt nach dem Bericht als Körperverletzung darstelle, zu einem schweren Delikt auswachsen könne. Die beiden Rowdies wurden wieder in Polizeihaft abgeführt. Der Staatsanwalt hat nun die Sache in Händen. Einer der beiden Strolche, der Nationalsozialist Ernst ist wegen Diebstahls mit einer Woche Gefängnis vor dem Jugendgericht 1927 vorbestraft. Ein würdiger Jünger Hitlers!

Noch ein zweites Mal stand dieser Naziheld vor dem Jugendgericht. Weil er ein Mädchen geschlagen, war er wegen Misshandlung angeklagt. Mit Rücksicht auf seine Jugend erhielt er hierbei nur eine Verwarnung.

SPD. Warschau, 11. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der heutige "Robotnik" veröffentlicht die sensationelle Tatsache, dass der Untersuchungsrichter Demant, dem die gefangenen Oppositionsabgeordneten von Brest-Litowsk unterstellt sind, und der mit seinem Namen das unerhörte Vorgehen der Pilsudski-Regierung gegen diese Gefangenen deckte, bis zum Jahre 1921 kommunistischer Kommissar in Sowjetrussland gewesen ist und nach Polen erst nach dem polnisch-sowjetrussischen Kriege, finanziert von einem der Führer der polnischen Kommunistischen Partei, zurückkehrte. Diesem ehemaligen Sowjetkommissar ist nun die Untersuchung gegen die Brester Gefangenen anvertraut worden, unter denen sich der Premierminister und mehrere Mitglieder der ehemaligen polnischen Regierung, die gegen Russland Krieg geführt und zahlreiche Offiziere, die gegen die Bolschewiken gekämpft haben, befinden. Da der polnische Justizminister Car über diese Vergangenheit des Untersuchungsrichters Demant genauestens informiert war, erscheint es erklärlich, dass Herr Demant mit seinem Namen das Vorgehen der Regierung gegen die Brester Gefangenen deckte, da er ja doch ganz in der Hand der Pilsudskisten ist.

Der heutige "Robotnik", der eine öffentliche Klärung dieser Angelegenheit forderte, wurde beschlagnahmt.

SPD. Eisenach, 11. November (Eig. Drahtb.)

Vor der Strafkammer des Eisenacher Landgerichts fand die Beleidigungsklage des Oberbürgermeisters Dr. Janson gegen die "Eisenacher Volkszeitung" statt. Die Zeitung hatte den Bericht einer Reichsbannerkundgebung in Weimar wiedergegeben, nach welchem der Bundesführer des Reichsbanners Hörsing in bezug auf das Gespräch des Oberbürgermeisters Dr. Janson mit dem Polizeikommissar Machts im Hotel "Exzelsior" in Berlin geäußert hatte "Janson will auch einmal ein grosser Mann werden, das Eisenacher Reichsbanner lasse Janson grüssen, er solle seinen Schnabel halten."

Der verantwortliche Redakteur der "Eisenacher Volkszeitung" Schroot erhielt einen Strafbefehl von M 400.--. Das Grosse Schöffengericht ermässigte die Strafe auf M 100.-- und betonte, dass die bewusste Hervorhebung der Ausführung Hörsings in Fettdruck als eine Beleidigung des Oberbürgermeisters aufzufassen sei. Staatsanwalt und Verurteilter hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die Strafkammer wies die Berufung des Staatsanwalts zurück und gab dagegen der Berufung des Angeklagten statt, erkannte auf Freisprechung unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens zu Lasten der Staatskasse.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, dass es sich hier um eine grund-

sätzliche Angelegenheit handle, nämlich inwieweit eine Berichterstattung über Äusserungen Dritter strafbar sei. Zweifellos könne die wahre Berichterstattung über eine öffentliche Versammlung nicht bestraft werden. Auch in der Tatsache der Verbreitung der Hörsing'schen Äusserungen eben durch die Wiedergabe in der Zeitung könne keine Ehrenkränkung für den Oberbürgermeister gesehen werden. Aus diesen Gründen müsse das Gericht auf Freisprechung erkennen.

SPD. Im Rahmen des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung spielt die Kürzung der Beamtgehälter eine wichtige Rolle. Ursprünglich hatte die Regierung geplant, die jetzige Reichshilfe der Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften nur bis zum 31. März 1931 zu erheben und von da ab wieder die Gehälter ungeschmälert auszuzahlen. Im Hinblick auf die bedrohliche Entwicklung der Finanzlage glaubt aber die Regierung, diesen Plan fallen lassen zu müssen, und schlägt vor, vom 1. April 1931 ab die 2½%ige Reichshilfe in eine 6%ige Gehaltskürzung umzuwandeln.

Der Entwurf eines Gehaltskürzungsgesetzes liegt zurzeit dem Reichsrat vor. Er umfasst nur die Reichsbeamten einschliesslich der Soldaten. Neben den Gehältern werden von der Kürzung auch die Wartegelder und Pensionen, die Hinterbliebenenbezüge und die Abfindungen der Soldaten erfasst. Gekürzt werden neben den Grundgehältern auch die Wohnungsgeldzuschüsse und die örtlichen Sonderzuschläge. Ausgenommen von der Kürzung sind nur die Dienstaufwandsentschädigungen und die Kinderzuschläge. Die Kürzung von 6 Prozent tritt bei allen Beamten ein, die mehr als 1500 Mark jährlich verdienen. Uebersteigt das Jahreseinkommen diesen Betrag, so ist das Gesamteinkommen, nicht nur der überschüssende Betrag, der Kürzung zu Grunde zu legen.

Neben der allgemeinen Gehaltskürzung trifft der Gesetzentwurf Bestimmungen über die Kürzung der Bezüge des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der Reichsminister. Und zwar soll hier das Gehalt, sowie das Uebergangsgeld für die ersten drei Monate um 20 Prozent gekürzt werden. Dieselbe Kürzung sollen auch die Aufwandsentschädigungen der Reichstagsabgeordneten erfahren. - Das ganze Gesetz soll bis zum 31. März 1934 befristet sein.

Die Begründung zum Gesetzentwurf bezeichnet die Gehaltskürzung als einen Teil der von der Regierung für 1931 geplanten Ausgabensenkung um 1 Milliarde. Die Gehälter, Pensionen usw. der Reichsbeamten, der Soldaten und der Beamten der Reichspost betragen jährlich 2,3 Milliarden, sodass die Regierung aus der 6%igen Kürzung eine jährliche Ersparnis von 110 Millionen erwartet. Die Kürzung der Gehälter bei der Reichspost soll dem Reiche mittelbar dadurch zugute kommen, dass die Post dem Reich mehr als bisher von ihren Einnahmen abliefert. Dagegen soll die Reichsbahn die gekürzte Summe für sich selbst verbrauchen.

Hinsichtlich der Rechtslage vertritt die Regierung die Auffassung, dass das Gesetz nicht verfassungsändernd ist. Zwar gehört nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts auch das Gehalt zu den wohlerworbenen Rechten der Beamten, aber in § 39 des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 ist ausdrücklich vorgesehen, dass die Gehälter usw. durch einfaches Gesetz geändert werden können.

Schliesslich kündigt die Regierung noch an, dass die gleichen Kürzungen auch bei den Beamten der Länder und Gemeinden eintreten sollen und dass auch an den Bezügen der Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Körperschaften nicht vorübergegangen werden könne. Für die Beamten der Länder und Gemeinden ist die Gehaltskürzung zusammen mit anderen Vorschriften in einem Gesetzentwurf zur Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung verarbeitet, der ebenfalls den Reichsrat beschäftigt, und gesonderter Betrachtung bedarf.

Die Gehaltskürzung der Beamten wird im Reichstag zu den besonders umstrittenen Problemen gehören. Vor allem über das Ausmass der Kürzung und den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens wird der Streit entbrennen. Ob eine Kürzung der Beamtgehälter in dem von der Regierung vorgeschlagenen Masse erforderlich ist, muss die restlose Klarlegung der Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden er-

geben. Die Regierung hat bisher nur zugestanden, dass im Reich ein neuer Milliardenfehlbetrag entstanden ist. Sie hat sich aber darüber ausgeschwiegen, wie die Dinge bei den Ländern und bei den Gemeinden liegen.

Wenn aber die finanzpolitische Situation aller öffentlicher Körperschaften so ernst ist, dass die öffentlichen Haushalte ohne Ausgabekürzung nicht ins Gleichgewicht gebracht werden können, dann können die Beamtengehälter davon nicht unberührt bleiben. Die Personalausgaben der öffentlichen Verwaltungen in Deutschland beanspruchen jährlich 9 bis 10 Milliarden Mark, und erreichen damit fast 50 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben. Wird eine wesentliche Kürzung der öffentlichen Ausgaben für nötig gehalten, so wird es daher kaum möglich sein, an den Besoldungsausgaben vorüberzugehen.

Unabhängig davon besteht die Frage, wie die Kürzung erfolgen soll. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum alle Einkommen gleichmässig um 6 Prozent vermindert werden sollen. Die Gehaltserhöhung von 1927 hat die oberen Beamten stärker begünstigt als die unteren. Wenn jetzt diese Gehaltserhöhung zum Teil wieder rückgängig gemacht werden soll, ist es nur recht und billig, dass dabei ebenso die höheren Gehälter stärker herangezogen werden als die unteren!

SPD. Im Jorns-Prozess ist eine unerwartete Wendung eingetreten. Auf Antrag des Vertreters des Nebenklägers Jorns, des Justizrats Dr. Löwenstein, wurde der im Gerichtssaal anwesende Journalist Berthold Salomon als Zeuge über die Verfasserschaft des inkriminierten Artikels vernommen. Salomon gab zu, dass er der Verfasser des im "Tagebuch" erschienenen Artikels "Kollege Jorns" sei, der den Gegenstand des Prozesses gebildet hat. Er habe diesen Artikel geschrieben, nachdem er im März 1928 vor dem Reichsgericht unter der Anklage des Landesverrats gestanden habe und dabei die Tätigkeit des Anklagevertreters Reichsanwalts Jorns beobachten konnte. Zu dem Artikel sei er nicht durch persönliches Rachegefühl veranlasst worden, sondern durch die Erkenntnis, dass Jorns nach seinem ganzen Auftreten und nach der von ihm angewandten Terminologie im politischen Lager der Völkischen oder Deutschnationalen stehe und aus dieser Gesinnung heraus auch beim Verfahren Liebknecht-Luxemburg bestrebt gewesen sei, den ihm gesinnungsverwandten Mördern zu helfen. Der Artikel habe allerdings den Zweck verfolgt, Jorns aus seiner Stellung beim Reichsgericht zu beseitigen, da er für diese Stellung in keiner Weise qualifiziert sei. - Vom Vertreter des Nebenklägers wurde Salomon entgegengehalten, dass er in seinem Artikel "Kollege" Jorns den Anschein erweckt habe, als sei der Verfasser ein Kollege des Reichsanwalts Jorns, als habe also ein Mitglied des Reichsgerichts ein so vernichtendes Urteil über die Qualifikation von Jorns gefällt. - Salomon erwidertem dieses ungünstige Urteil über die juristischen Qualitäten von Jorns sei tatsächlich von einem heute noch aktiven Mitglied des Reichsgerichts geäußert worden. Er lehne es aber ab, den Namen dieses Mitglieds zu nennen.

Der Angeklagte, Redakteur Bernstein, der dann vernommen wurde, erklärte, er könne sich der Erklärung des Autors Salomon über die Tendenz des Artikels nicht in allen Punkten anschließen. Er habe bei der Aufnahme des Artikels nicht so weit gehen wollen, Jorns vorzuwerfen, dass er bewusst die Liebknecht-Mörder begünstigen, also ein mit schwerer Strafe bedrohtes Amtsverbrechen begehen wollte, er habe lediglich sagen wollen, dass die ungenügenden juristischen Qualitäten von Jorns ihn ungeeignet zum Reichsanwalt machten und dass dieser Mangel an juristischen Qualitäten sich deutlich gezeigt habe bei der Voruntersuchung im Falle Liebknecht-Luxemburg.

Oberstaatsanwalt Köhler regte an, bei dieser Sachlage die Erledigung des Verfahrens durch einen Vergleich zu versuchen. Der Angeklagte Bernstein und Justizrat Löwenstein als Vertreter von Jorns erklärte ihre grundsätzliche Bereitwilligung zu Vergleichsverhandlungen. Am Mittwoch sollen solche Verhandlungen

gen zwischen Oberstaatsanwalt Köhler, Bernstein und Justizrat Löwenstein stattfinden. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, ob die für Donnerstag anberaumte weitere Sitzung die letzte im Jorns-Prozess sein wird.

SPD. Paris, 11. November (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Abg. Antonelli, Mitglied der Finanzkommission der Kammer, gibt am Dienstag im "Populaire" eine genaue Aufstellung über die wahre Höhe der Rüstungsausgaben Frankreichs im Budgetjahr 1931/32.

Die Regierung hatte in einem Kommuniqué die Rüstungskredite auf insgesamt 12,2 Milliarden Franken beziffert, davon 4,8 Milliarden für das Landheer, 2,8 Milliarden für die Marine, 2,3 Milliarden für die Kolonialtruppen und 2,2 Milliarden für die Luftfahrt. Darüber hinaus enthält der Etat aber eine Reihe versteckter Kredite, die Antonelli auf nicht weniger als sieben Milliarden Franken beziffern zu können glaubt. In der Budgetaufstellung fehlen zunächst einmal die Ausgaben für die neuen Festungsbauten in Höhe von einer Milliarde und die für die Wiederauffüllung der Munitions- und Materialbestände in gleicher Höhe. In ähnlicher Weise sind eine weitere Milliarde sachlicher Ausgaben für Marine und Luftfahrt auf das Schatzamt abgewälzt worden. Dazu kommen ferner zwei Milliarden für Militärpensionen (unter Ausschluss der Kriegsfürsorge), die dem Finanzministerium zur Last fallen, und weitere zwei Milliarden für die Erhöhung der Zahl der Militärbeamten. Es ergibt sich also, dass Frankreich für seine Rüstungsausgaben nicht weniger als 19 Milliarden Franken veranschlagt. Der "Populaire" betont, dass sich jeder Kommentar erübrige.

SPD. Paris, 11. November (Eig. Drahtb.)

Wie der Genfer Korrespondent des "Paris Midi" aus absolut sicherer Quelle erfahren haben will, steht eine Einigung im französisch-italienischen Flottenstreit dank eines überraschenden Entgegenkommens von englischer Seite unmittelbar bevor. England habe plötzlich seinen Standpunkt, dass die französische und die italienische Flotte zusammengenommen die englische an Stärke nicht übertreffen dürften, fallen gelassen und habe sich bereit erklärt, Frankreich eine Erhöhung seiner Tonnage über 600 000 Tonnen zuzugestehen. Dazu könne Frankreich nach Belieben rüsten und Italien theoretisch die Parität zubilligen, während Italien seiner finanziellen Schwäche wegen nicht in der Lage sei, den französischen Vorsprung einzuholen.

Sollte sich die Meldung des Pariser Blattes bestätigen, dann hätte die Genfer Abrüstungskonferenz wieder einmal anstatt mit einer Abrüstung mit neuem Wettrüsten geendet.

SPD. Paris, 11. November (Eig. Drahtb.)

Der Waffenstillstandstag wurde am Dienstag in Paris mit dem üblichen militärischen Gepränge gefeiert. Schon am frühen Morgen donnerten die Kanonen. Unter klingendem Spiel wurden die Fahnen der aufgelösten Kriegsregimenter aus dem Invaliden-Dom zur Grossen Parade vor dem Triumphbogen abgeholt. Um elf Uhr erschien der Präsident der Republik, die hohe Generalität und die offiziellen Persönlichkeiten vor dem Grabe des unbekanntes Soldaten, um die Parade der gesamten Pariser Garnison abzunehmen. Dabei defilierten zum erstenmal auch die "motorisierten Dragoner", die ihre Pferde durch Motorräder mit und ohne Beiwagen ersetzt hatten, in der Parade mit.

SPD. Paris, 11. November (Eig. Drahtb.)

Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Altkirch im Oberelsass protestierte Justizminister Peret in einer Festrede entschieden gegen jede Revision der Friedensverträge. Frankreich verlange unbedingt die loyale Durchführung der von Deutschland unterzeichneten Verpflichtungen. Es wäre zu bequem, wenn man jeden feierlich verbrieften Vertrag später ablehnen könnte mit der Begründung, dass seine Durchführung zu lästig geworden sei. Verträge privater wie internationaler Art könnten nicht immer wieder abgeändert werden. Was die Abrüstung angehe, fuhr der Minister fort, so könne Frankreich die Waffen nicht eher ablegen, bis es seine Sicherheit aus eigener Kraft garantiert habe.

SPD. Die Ausschüsse des Reichsrats setzten am Dienstag die Etatsberatung fort. Nunmehr sind auch die Etats der Post und des Reichsarbeitsministeriums erledigt. Am Mittwoch sollen die Steuervorlagen zur zweiten Beratung kommen. Mit dem Etat des Auswärtigen Amtes und den übrigen noch unerledigten Etats werden sich die Ausschüsse am Donnerstag und Freitag beschäftigen.

SPD. Vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte wurde am Dienstag der 21jährige arbeitslose Schneider Heidrich abgeurteilt, der den früheren Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel in einer Gerichtsverhandlung tätlich angegriffen hatte. Der Angeklagte gab zu, den Polizeipräsidenten als Arbeitermörder beschimpft zu haben, er hielt diesen Ausdruck auch vor Gericht noch aufrecht. Auch die Körperverletzung gab er zu. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung und Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis. Dem früheren Polizeipräsidenten wurde die Berechtigung zugesprochen, das Urteil in der "Roten Fahne" und dem "Vorwärts" zu veröffentlichen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, dass durch die Höhe der Strafe zum Ausdruck gebracht werden solle, dass die Sicherheit im Gerichtssaal unbedingt aufrecht erhalten werden müsse.

SPD. Brüssel, 11. November (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Jaspar ist zurückgetreten. Obwohl es mit der Einigkeit der Regierung schon seit langem nicht weit her war, kam der plötzliche Sturz am Tage des Wiederezusammentritts der Kammer doch einigermaßen überraschend. Der Anlass zu dem Regierungssturz ist der alte Streit um die Sprachenfrage und insbesondere um die neue flämische Universität in Gent.

Dem Drucke flämischer Kreise nachgebend hatte der liberale Unterrichtsminister Vauthier vor einigen Tagen einen Ministerialerlass veröffentlicht, in dem er den Professoren der neuen flämischen Universität in Gent verboten hatte, gleichzeitig an der von französischen Elementen derselben Stadt als Konkurrenz zur flämischen Universität errichteten französischen freien Hochschule Vorlesungen zu halten. Gegen diesen Ministerialerlass hat der Brüsseler liberale Parteiausschuss unter Führung des Oberbürgermeisters Max in seiner Montagsitzung scharfen Protest eingelegt und die Zurücknahme des Erlasses gefordert. Vauthier weigerte sich, dieser Aufforderung Folge zu leisten und legte sein Portefeuille nieder. Seinem Beispiel folgten sofort alle anderen liberalen Minister einschliesslich des Aussenministers Hymans. Darauf begab sich Ministerpräsident Jaspar zum König, um ihm den Rücktritt des Gesamtkabinetts mitzuteilen. Der König hat sich seine Entscheidung zunächst vorbehalten.

Die Lösung der Krise wird keine leichte Aufgabe sein. Es besteht nicht nur unter den katholischen und liberalen Verbündeten der Regierungskoalition

fast in allen wichtigen Fragen die grösste Uneinigkeit, sondern auch die Wirtschafts- und Finanzkrise macht gegenwärtig die Arbeit der Regierung ausserordentlich schwer. Was die sozialistische Partei anbetrifft, so hat sie gerade auf ihrem letzten Kongress am vergangenen Sonntag die allgemeine Politik der Regierung sehr scharf verurteilt und beschlossen, keinerlei Vermehrung der Kriegslasten zuzustimmen. Die Partei ist auf alle Fälle entschlossen, vor den Neuwahlen an keiner Regierungscoalition teilzunehmen.

SPD. Genf, 11. November (Eig. Drahtb.)

Die angelsächsische Bewegung zur Verdrängung der nationalistischen Siegesfeiern durch eine internationale Totenehrung am Tage der Kriegsbeendigung hat auch eine schweizerische "Friedenswoche" hervorgerufen, als deren Höhepunkt ein zweiminutenlanges Anhalten jedes Verkehrs um 11 Uhr am 11. November vorgesehen war. Die Delegation der Abrüstungskommission verhandelte mehrere Tage darüber, ob und wie der Toten während der öffentlichen Sitzung am 11. November gedacht werden sollte. Man einigte sich darüber, dass nur der Präsident einige kurze Gedenkworte für die Toten halten sollte, und unter dieser Bedingung, dass auch in keiner Form des Waffenstillstandes gedacht werden sollte, hatte sich die deutsche Delegation bereit erklärt, an der Totenehrung teilzunehmen. Diese internationale Ehrung aller Toten durch eine Versammlung, die berufen wäre, für die Verhinderung kommender Massenmorde sehr wesentlich beizutragen, wollten einige deutsche übernationalistische Pressevertreter unter allen Umständen zu einem provokatorischen Zwischenfall ausnutzen. Schliesslich blieben sie einfach draussen, während die Delegation an der Totenehrung teilnahm. Der Vorsitzende Laudon-Holland erhob sich Punkt 11 Uhr und sagte unter feierlicher Stille wörtlich: "Meine Herren, heute ist der 11. November und es ist 11 Uhr. Ich bitte Sie, zur Ehre und zum Andenken an die Toten, an alle Toten des grossen Krieges sich zu erheben und eine Minute still zu sammeln." Der ganze Saal erhob sich und verharrete eine Minute in feierlichem Schweigen. Auch Litwinoff und Lunatscharski beteiligten sich an dieser eindrucksvollen Totenehrung.

Die sachliche Beratung der Kommission drehte sich um die Begrenzung des Kriegsmaterials, wobei Deutschlands Vorschlag der direkten Festsetzung auf den Widerstand der Franzosen und ihrer Gruppe stiess, die nur die indirekte Begrenzung durch Höchstsummen in den Budgets wollten. Lord Cecil beantragte die Diskussion aller Methoden der Begrenzung des Materials. Litwinoff, der mit der Absicht gekommen war, die Konferenz nur zu entlarven, wird immer stärker zu einem Mitarbeiter an diesen Arbeiten, die er als wenig wichtig bezeichnet hatte. Jetzt stellte er die Forderung, dass, wenn nach Cecils Vorschlag über die Gesamtheit der Fragen abgestimmt werden soll, dann auch unbedingt die Anhänger jeder Methode zu Wort kommen müssten. Trotz gewaltiger Gegenrede von Politis und Massigli, brachte die Abstimmung eine Niederlage der französischen Rüstungsgruppe durch eine starke Mehrheit für Cecils Vorschlag. Dafür stimmten u.a. Deutschland, Russland, England, die Vereinigten Staaten und die nordischen Länder, dagegen Frankreich und seine Gefolgleute Polen, Griechenland, Jugoslawien sowie auch Italien. Darnach ging man zur Aussprache über die Artikel über, in denen alle Möglichkeiten einer Begrenzung des Kriegsmaterials enthalten sind. Marinis-Italien erklärte sich unter grösster Ueber- raschung plötzlich bereit, eine kombinierte Methode direkter und indirekter Begrenzung des Materials samt einer Veröffentlichung aller Ziffern anzunehmen. Italien könne aber nie eine Konvention unterzeichnen, in der etwa die enormen Materialvorräte vieler Staaten in ihrem heutigen Stand verewigt werden sollten. Von Deutschland wollte er wissen, ob im Falle einer direkten Begrenzung Tabellen für diese ausgearbeitet seien. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Gibson, erklärte sich für direkte Begrenzung. Graf Bernstorff wandte sich an Marinis, dem er mitteilte, dass die direkte Begrenzung des Materials ein sehr

gutes Abkommen ermöglichen und die wirksamste Methode zur Abrüstung sei. Erst müsse er aber wissen, ob das Prinzip der direkten Begrenzung angenommen werde, dann könne er mit detaillierten Vorschlägen aufwarten. Die Diskussion wurde auf morgen vertagt.

SPD. Leipzig, 11. November (Eig. Drahtb.)

Das Reichsgericht verurteilte heute den Obermusikmeister Adams aus Minden wegen Spionage zu 10 Jahren Zuchthaus, seine Frau zu 5 Jahren Zuchthaus, beide ausserdem zu 10 Jahren Ehrverlust.

SPD. Jena, 11. November (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht in Jena verhandelte am Dienstag auf Antrag des Nazi-Ministers Frick einen Beleidigungsprozess gegen den sozialdemokratischen Redakteur Felix Rossmann in Jena, der zum Tode des sozialdemokratischen Landrats Böhme in Altenburg unter dem Titel "Todesopfer der Frick-Hetze!" geschrieben hatte, Böhme sei nicht zuletzt ein Opfer des Hasses und der Vernichtungssucht seiner politischen Gegner geworden.

Die Beweisaufnahme in dem Prozess ergab einwandfrei, dass Landrat Böhme telegraphisch nach Weimar bestellt worden ist, wunschgemäss auch um fünf Uhr nachmittags eintraf und ihm gegen Quittung von einem Beamten gegen sieben Uhr die Urkunde über seine Versetzung in den Wartestand überreicht wurde, obwohl der Altenburger Kreisrat und der Gemeindefrat einstimmig gegen den Abbau protestiert hatten und auch die bürgerliche Presse die vorbildliche Tätigkeit des Genossen Böhme eindeutig festgestellt hatte. Auf der Heimfahrt hat Böhme infolge der Aufregung, in der er sich befand, einen leichten Schlaganfall erlitten, von dem er sich nicht erholte, sodass er am 8. Juli einem zweiten Schlaganfall erlag. Der Arzt, der Landrat Böhme behandelt hatte, unterstrich als Zeuge und Sachverständiger, dass der schnelle Tod des Genossen Böhme durchaus in ursächlichem Zusammenhang mit der vorhergehenden Aufregung stehen könne. Die Verteidigung weist eindeutig die Ungesetzlichkeit der Handlungsweise der Thüringer Regierung nach und Genosse Rossmann führte u.a. den Ausspruch Fricks an: mit Marxisten gebe es kein Paktieren, mit Verbrechern gebe es keine Auseinandersetzung, sondern nur den knock out. Rossmann zitierte ferner die Reichstagsreden des Abg. Frick, in denen er die Straffreiheit der Erzberger-Mörder und der Helfer beim Rathenau-Mord gefordert hatte. Es komme den Nazis auf die physische Vernichtung ihrer politischen Gegner an. Wenn von Hass und brutalem Vernichtungswillen in dem Artikel gesprochen worden sei, so sei das viel milder formuliert als Frick seine Absichten selbst kundgetan habe. Frick sei übrigens nur beleidigt, wenn ihm Hass und Vernichtungswillen in der sozialdemokratischen Presse nachgesagt werden. Bei den Nazis sei sonst der ein Held, der Marxisten am ärgsten hasse und am meisten vernichten. Die Veröffentlichungen des Jenaer Parteiblattes gingen über den Rahmen einer zulässigen Kritik an einem Minister keineswegs hinaus, zumal Frick dafür gesorgt habe, dass dieser Rahmen sehr weit gezogen sei, als er im Reichstag zur Mitte und zur Linken erklärte, ihr Grundsatz sei, die Freiheitskämpfer ins Loch, die Schieber auf die Ministersessel. Diese Angaben wurden mit amtlichen Reichstagsprotokollen belegt. Die Thüringer Regierung hatte es vorgezogen, ihre Handlungsweise nicht zu verteidigen. Darum stellte sie trotz der Aufforderung des Gerichts, dem als Zeuge in Frage kommenden Ministerialbeamten die Aussagegenehmigung nicht frei und erteilte auch ihre Zustimmung zur Verwendung amtlicher Schriftstücke in dem Verfahren nicht.

Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heisst es, dass die Haltung der Thüringer Regierung eine Prüfung, ob der Abbau des Landrats ungesetzlich sei,

dem Gericht ebenso wenig ermöglicht habe wie eine Untersuchung, ob man den Landrat Böhme unwürdig behandelt habe und nicht erweislich wahre Tatsachen in dem fraglichen Artikel behauptet worden seien. Formale Beleidigungen enthalte der Artikel des Genossen Rossmann nicht. Er habe auch im Sinne des Gesetzes in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Dieselben Gesichtspunkte gelten für die beiden Briefe des Bezirksvorstandes und der Landtagsfraktion, doch seien die Wendungen Putschist Frick und Faschistengruss formale Beleidigungen, wegen denen eine Verurteilung erfolgen müsse.

SPD. London, 11. November (Eig. Drahtb.)

Das brasilianische Schiedsgericht, das den Fall des deutschen Dampfers "Baden" zu untersuchen hatte, sprach die brasilianischen Militärbehörden von jeder Schuld frei, weil der Kommandant der "Baden" die ihm gewordenen offiziellen Hafeninstruktionen nicht beachtet habe.

SPD. London, 11. November (Eig. Drahtb.)

Lord Dickinson, früher William Dickinson, ein bekanntes und hervorragendes Mitglied der Liberalen Partei, ist zur Labour-Party übergetreten. Dickinson sass lange Jahre als liberaler Abgeordneter im Unterhaus und hat sich vor allem als früherer Präsident der Londoner Stadtverwaltung grosse kommunalpolitische Verdienste erworben, die ihm den Titel eines Lord verschafft haben. Dickinson ist einer der Gründer der Kirchlichen Gesellschaft für internationale Verständigung. Sein Uebertritt zur Labour-Party ist für sie Zuwachs an Prestige wie Gewinn einer bekannten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens.

SPD. Wien, 11. November (Eig. Drahtb.)

Die durch die Wahlen geschaffene Situation wird voraussichtlich nicht so schnell eine Klärung erfahren. Wahrscheinlich werden erst in der nächsten Woche die Verhandlungen über die Majoritätsbildung beginnen. Dadurch dürfte auch die Einberufung des Parlaments eine Verzögerung erfahren. Das christlich-soziale "Neuigkeitsweltblatt" meint, dass bis dahin auch die gegenwärtige Regierung im Amte bleiben werde. Gegenüber den Versuchen, für ein Zusammengehen der Christlich-Sozialen mit den Abgeordneten des Heimatblocks Stimmung zu machen, erklärt das Blatt, dass das keine Lösung wäre, da auch damit keine Mehrheit geschaffen würde. Uebrigens habe sich ein grosser Teil der antimarxistischen bürgerlichen Wähler für eine Politik der Mitte ausgesprochen und die Christlich-Sozialen müssten dieser Stimmung Rechnung tragen. Ob überhaupt ein angesammelt Zusammengehen mit dem Heimatblock möglich wäre, sei von vornherein nicht zu bejahen. Man müsse da vornehmlich die Stimmung der christlich-sozialen Abgeordneten aus den Ländern hören, die den Kampf des Heimatblocks gegen die christlich-soziale Front schwer zu fühlen bekamen. Dem Heimatblock käme eigentlich die Rolle einer radikalen Rechtsopposition zu. Aus Heimwehrkreisen erfährt das Blatt, dass diese als erste Bedingung der parlamentarischen Mitarbeit die Belassung der beiden Heimwehrminister ansehen. Die in Niederösterreich auf der christlich-sozialen Liste gewählten Heimwehrleute dürften sich nicht der Heimwehrfraktion anschliessen, sondern in der christlich-sozialen Partei bleiben.

SPD. München, 11. Nov. (Eig. Drahtber.)

Am 8. November 1923 liess sich Ludendorff von Hitler zum Reichswehrminister ernennen mit der Perspektive auf einen frisch-fröhlichen Krieg gegen Frankreich. Sieben Jahre nach diesem denkwürdigen Tag veröffentlicht Ludendorff eine Broschüre mit dem Titel: "Weltkrieg droht" in der er seine Ansichten über den wahrscheinlichen Ausgang eines neuen Weltkriegs darlegt. Am 1. Mai 1932 bricht der neue Krieg aus. Auf der einen Seite kämpfen Frankreich, Belgien, Polen die Tschechoslowakei und Rumänien, auf der anderen Seite, Deutschland, Österreich, Ungarn, England und Sowjetrussland. Die französische Truppe siegt rasch und gründlich, Deutschland bildet das Schlachtfeld, seine Städte gehen unter in furchtbaren Luftangriffen. Um die Verpflegung der Nichtkämpfer kümmert sich niemand, die jungen Leute aus Deutschland werden als Kanonenfutter nach England oder Oberitalien verfrachtet und gehen massenhaft zu Grunde. Schon nach wenigen Wochen ist der Krieg entschieden. Deutschland ist vernichtet. Ludendorff schildert das Schicksal von Berlin: "Notraub herrscht in den Strassen Berlins und der umliegenden Städte. Niemand kann Verpflegung schaffen. Tschechischer Landsturm umspannt die Stadt und weist kaltherzig alle Flüchtenden in die Stadt zurück. Die Bevölkerung Berlins stirbt, mit den Kindern begann es wie überall. Was die Deutschen an Kultur geschaffen haben, ist vernichtet oder verfällt. Die Schrecken des Dreissigjährigen Krieges sind überboten".

Die Nationalsozialisten haben trotz allem Ludendorff bisher immer noch als militärischen Fachmann angesehen. Nachdem er ihre Phantasien von einem kommenden Befreiungskrieg so zerfetzt hat, werden sie ihn jetzt wahrscheinlich als Narren bezeichnen. Als er wirklich ein Narr war, haben sie ihm zugejubelt, jetzt, wo er einen lichten Augenblick hat, werden sie wahrscheinlich voll Hass und Wut über ihn herfallen.

SPD. Genf, 11. Nov. (Eig. Drahtber.)

In den Wochenend-Verhandlungen der einzelnen Delegationen wurde von Lord Cecil und den 5 in Washington vertretenen Seemächten an die Konferenz ein Vorschlag gemacht, der Gegenstand der Diskussion über die Marinefragen sein wird. Deutschland ist an der Methode der Begrenzung von Schlachtschiffen weniger interessiert als an der Begrenzung des Materials, das an Land für die Marine lagern soll. Für die meisten Flotten bedeuten auch die Regeln, die am Samstag aufgestellt wurden, eine ungeheure Aufrüstung, während sie für die grossen Flotten eine gewisse Begrenzung enthalten. Nur Italien hat bisher einen Vorbehalt erhoben, weil es erst die Parität mit Frankreich abwarten will. Der Vorschlag sieht im wesentlichen ein Kompromiss vor zwischen der französischen These der Festsetzung einer Gesamttonnage für jede Flotte und der englischen These einer Festsetzung der Tonnage nach Schiffsklassen. Im ganzen ist noch eine Verschiebungsmöglichkeit innerhalb der Gesamtgrenzen für die einzelnen Tonnageklassen vorbehalten.

Bekanntlich geht die französische These der Gesamttonnagefestsetzung darauf aus, innerhalb dieser Gesamtsumme beliebig viel Schiffe jeder gewünschten Kategorie bauen zu können, während England sich gerade gegen überlegene Spezialflotten wie U-Boote oder Kreuzer durch seine These der Beschränkung jeder einzelnen Kategorie sichern will.

SPD. Wien, 11. Nov. (Eig. Drahtber.)

Der Putschist Pabst wird am Mittwoch um drei Uhr in Tirol ankommen und in Innsbruck durch einen Fackelzug der Heimwehren begrüsst werden.

SPD. Weimar, 11. November (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag kam es im Landtag zu recht lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Volkspartei, Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten. Der volksparteiliche Redner warf den Nationalsozialisten vor, dass es ihnen gar nicht ernstlich darum zu tun sei, Thüringen zu helfen, obwohl sie sich immer als Retter Thüringens aufspielten. Das Wohl ihrer Partei liege den Nationalsozialisten mehr am Herzen als das Wohl des Landes. Die Nazis wollten nur die gegenwärtige günstige Situation ausnützen, daher ihr Antrag, die Volkspartei zu zwingen, Farbe zu bekennen. Die Volkspartei könne dem Antrag der Nationalsozialisten nicht zustimmen.

Als darauf der sozialdemokratische Abgeordnete Gründler zum Wort kam, und eine Anzahl nationalsozialistischer Fälschungen aus früheren Sitzungen richtig stellte, drohte der Nazi-Abgeordnete Saukel dem Abgeordneten Gründler mit Prügel und forderte ihn auf, mit hinaus zu kommen. Saukel wurde von der Sitzung ausgeschlossen.

Wie die Abstimmungen ausfallen werden, steht noch nicht fest. Bisher haben sich alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Nazis gegen die Landtagsauflösung ausgesprochen.

SPD. London, 11. November (Eig. Drahtb.)

Bei Beginn der heutigen Debatte über die Kosten des neuen Schulgesetzes kam es im Unterhause zu einem erregten Zwischenfall. Der konservative Redner, der gegen die Bewilligung der Finanzvorlage sprach, erklärte, die Arbeitereltern seien gegen die längere Schulzeit ihrer Kinder. "Das ist eine Lüge" schrie ihm der Abgeordnete der Unabhängigen Arbeiterpartei Max Govern zu. Govern sollte den unparlamentarischen Ausdruck zurücknehmen. Er weigerte sich und wurde dann wegen Verstosses gegen die parlamentarischen Sitten mit 305 gegen 40 Stimmen von der Sitzung ausgeschlossen. Die Liberalen sind zwar prinzipiell für die Erhöhung des schulpflichtigen Alters, jedoch gegen die Elternunterstützung. Aus diesem Grunde beschloss am Dienstag nachmittag die liberale Unterhausfraktion, bei der Kostenbewilligung neutral zu bleiben. Damit dürfte die Vorlage gesichert sein; einschliesslich der Elternunterstützung sind die Kosten für die Erhöhung des schulpflichtigen Alters für das erste Jahr auf 6 1/4 Millionen Pfund Sterling berechnet.

SPD. London, 11. November (Eig. Drahtb.)

Die englisch-indische Konferenz wird am Mittwoch 12 Uhr vom englischen König offiziell eröffnet. Sämtliche indische Delegierte sind in London eingetroffen. Die eigentlichen Beratungen beginnen am kommenden Montag.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Proletarierlos.

SPD. Im Jahre 1879 trat ein Mädchen im Alter von 22 Jahren in eine Berliner Fabrik ein. Im Jahre 1912 arbeitete sie immer noch in demselben Betrieb. An diesem Zeitpunkt wurde der Betrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie wollte gehen, da ihr eine andere leichtere, besser bezahlte Stelle angeboten worden war. Sie war damals 55 Jahre alt. Die Direktion bat sie zu bleiben. Sie erhielt nun an 210 Mark Monatsgehalt, man versprach ihr ausserdem, für ihr Alter zu sorgen. Sie blieb und arbeitete weiter, nochmals 18 Jahre.

Im Jahre 1930 war sie 73 Jahre alt. Eines Tages wurde ihr gekündigt. Nach einem 51jährigen Arbeitsleben, das sie in ein- und demselben Betrieb verbracht hatte! Die Altersversorgung, die man ihr bei der Kündigung versprach, sah so aus: Drei Monate lang jeden Monat 75 Mark, dann Schluss. Nach einem 51jährigen Arbeitsleben klagt nun diese Frau, die inzwischen 73 Jahre alt geworden ist vor dem Arbeitsgericht um die Altersversorgung, die man ihr im Jahre 1912 versprochen hat.

Sie ist heute alt, abgearbeitet, abgekämpft. Sie liegt arbeitslos und ohne Versorgung auf dem Pflaster. Sie hat sich auf Versprechungen verlassen, die nicht erfüllt werden. Man kann, wenn man dies Schicksal überdenkt, vom Bruch von Treu und Glauben, von Hartherzigkeit, Unmenschlichkeit, Schurkerei reden - aber alle diese moralischen Kategorien treffen das nicht, was hier vorliegt. Denn das, was sich an dieser Frau vollzieht, das ist mit einem Wort gesagt - Kapitalismus!

Von der Kapitalflucht.

In der "Kölnischen Volkszeitung" findet sich das folgende Inserat: "Gelegenheit zu vorteilhafter Verwendung von Schweizer Guthaben. Aus Privatbesitz sind abzugeben für 70 Mille 4½%ige Hypotheken auf Geschäftshaus an bester Lage in grossem Fremdenzentrum der Zentralschweiz. Offerten unter...an Publicitas A.G. zu Schweiz."

Die riesige Kapitalflucht aus Deutschland hat ein Absinken des Zinsfusses in der Schweiz hervorgerufen, das zu einem gewissen Grade zu einer Abschreckung für die deutsche Kapitalflucht wird. Hier aber wird deutschen Grossverdienern, die sich ihren Steuerpflichten im eigenen Lande entziehen wollen, ein Angebot gemacht, das geradezu eine Aufreizung zur Kapitalflucht darstellt. Gibt es keine Mittel und Wege um festzustellen, wer von Deutschland aus sich für ein solches Angebot interessiert und sollte es keine Mittel geben, um eine derartige Aufforderung zur Kapitalflucht in Deutschland zu unterbreiten?

Soziale Krokodilstränen.

Im "Berliner Tageblatt" schreibt Herr Günther Stein, der einst begeistert die Steuersenkung pries, über die Not der Arbeitslosen. Er schreibt sehr gefühlvoll:

"Ein stiller unorganisierter Demonstrationszug geht um. Ein stummer Zug von Zehntausenden, der das Elend von Millionen verkündet. Tag für Tag vom frühen Morgen bis in die späte Nacht. Sein Abzeichen ist der fragende, flehende, fordernde Blick: Am Leben bleiben können, Schutz finden gegen Hunger und Kälte,

Verständnis für seine hilflose Not."

Das Verständnis für die hilflose Not findet man auf den kommenden Seiten der gleichen Zeitungsnnummer. Da liest man:

"Der Saisonwinter 1930/31 und seine Probleme... Das Leben will Lebensfreude... Wohin, wenn man ausgeht... Der bunte Abend... Was wird man diesmal tragen... Erfrischender Winter..."

Vorne die sozialen Krokodilstränen, hinten die ganze soziale Unbekümmertheit dessen, was sich Gesellschaft nennt!

Sie haben es.

Wir lesen in der "Kreuz-Zeitung", dem Blatt des Landadels, die folgende Anpreisung:

"Sehr seltener dunkler Saphir von 4 Karat, am Boden sechsstrahliger Stern, die gewölbte Spitze entsendet im Sonnen- und künstlichen Licht funkelnde Strahlen. Kapitalanlage, da nie Entwertung wie bei Brillanten durch das massenhafte Vorkommen der Diamanten zu befürchten. Preis 2 000 Mark bar. Angebot unter..."

Die einen wissen nicht, womit sie des Lebens Notdurft bestreiten sollen, die andern sammeln Schätze von edlen Steinen. Die Arbeiter zahlen dem Staat ihre Steuern, die anderen flüchten ihr Vermögen vor dem Steuerzugriff in Werte, die von keiner Steuer erfasst werden können.

2 Jahre.

Am 19. Januar 1931 wird vor dem Schöffengericht München die Hauptverhandlung gegen den Betrüger Franz Tausend stattfinden. Vor zwei Jahren, im Januar 1929, wurde der Goldmacher Tausend verhaftet. Es wurde in rascher Folge bekannt, wie er die sich um die Nationalsozialistische Partei drängenden reichen Bürger geschröpft hatte. Kommerzienräte, Verleger, Generäle und selbst Ludendorff waren ihm ins Garn gegangen. Ein jeder hat damals in diesem Fall ein Symptom für die geistige Verwirrung gesehen, die in der Nationalsozialistischen Partei und um sie herum herrschte.

In diesen zwei Jahren hat sich der Kreis der Anhänger der Nationalsozialistischen Partei so vermehrt, dass sie heute 107 Abgeordnete im Deutschen Reichstag mustert. Der Goldmacher Tausend aber, der nunmehr abgeurteilt wird, könnte in dem Kreise derer, die wirklich an die Nationalsozialisten glauben, auch heute noch seine Geschäfte machen. Die zwei Jahre, die zwischen seiner Verhaftung und dem Prozess liegen, sind zwei Jahre einer epidemischen Ausbreitung jener Geistesverwirrung gewesen, die seine Opfer aus dem Jahre 1928 kennzeichnete!

Konsequenz, Herr Goebbels!

Herr Goebbels hat kürzlich seinen Anhängern gute Ratschläge für die Herbeiführung des dritten Reiches gegeben, darunter auch den: wer ein ausländisches Auto fährt, wird verhauen, sein Wagen zerstört. Sein Parteifreund Rechtsanwalt Frösler, sattsam bekannt, fährt täglich eine ausländische Marke. Wie wäre, wenn Herr Goebbels eine SA-Standarte zur Zerstörung kommandieren würde?

aus aller Welt

Reichsgericht gegen Moral...

Die Reformbedürftigkeit des deutschen Ehescheidungsrechts - Das BGB zwingt zur Unehrlichkeit - Eine verkalkte Reichsgerichtsentscheidung.

SPD. Die Reformbedürftigkeit des deutschen Ehescheidungsrechts ist in weitesten Kreisen des Volkes hinreichend bekannt. Ebenso ist bekannt, dass es das Zentrum bisher immer noch verstanden hat, alle gesetzgeberischen Lösungsversuche, die in letzter Zeit namentlich von der sozialdemokratischen und der früheren demokratischen Partei ausgingen, zu sabotieren. Es handelt sich in der Hauptsache darum, gegenüber dem jetzt herrschenden sogenannten starren Verschuldungsprinzip, nach dem immer ein "Verschulden" eines der beiden Eheleute konstruiert werden muss, die Möglichkeit zu schaffen, auch eine unverschuldet zerrüttete Ehe zu scheiden.

Nach dem geltenden Recht bleibt den Parteien, die eine Scheidung wünschen, vielfach nichts weiter übrig, als einen Ehescheidungsgrund im Prozessverfahren vorzutäuschen oder den wahren Grund, der aus Gründen wirtschaftlicher oder persönlicher Rücksichtnahme nicht öffentlich in Erscheinung treten soll, durch einen vorgetäuschten Grund zu ersetzen. Auch die starre und vollkommen rückständige Alimentationsregelung des bürgerlichen Gesetzbuches ist vorläufig nur auf dem Wege privater Abmachungen zu mildern, und es bleibt der Einsicht der Rechtsprechung vorbehalten, solche neben dem Prozess herlaufenden Verträge in ihrer Menschlichkeit und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit anzuerkennen. Trotzdem das Reichsgericht bisher immer noch diesen Bestrebungen gegenüber eine auf den Buchstaben des Gesetzes pochendes Unverständnis gezeigt hat, war die Praxis der unteren Gerichte und der Anwaltschaft namentlich der größeren Städte in dieser Hinsicht bereits erfreulich einsichtig geworden.

In diesen Zustand einer beginnenden Vermenschlichung der deutschen Scheidungspraxis hat nun das Reichsgericht in einer erneuten Entscheidung, in der es geradezu absurder Weise an seinem weltfremden Standpunkt festhält, mit plumpen Fingern eingegriffen. Es handelt sich um einen Prozess auf Schadenersatz wegen falscher Beratung, den ein geschiedener Ehemann gegen seinen Rechtsanwalt angestrengt hat. Diesem Prozess liegt der folgende sehr interessante Tatbestand zu Grunde:

Die Frau dieses Ehemannes hatte während der Verlobungszeit ohne Wissen ihres Bräutigams mit einem anderen Manne verkehrt. In dieser Tatsache wäre ein Grund zur Anfechtung der Ehe zu erblicken gewesen. Der Ehemann wollte aber von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen, um seiner Frau wenigstens den Skandal zu ersparen. Da aber beide Gatten auseinander zu gehen wünschten, so riet ihnen der Anwalt zu einer Scheidungsklage der Frau, obwohl ein Scheidungsgrund, der bekanntlich erst während der Ehe entstanden sein muss, hier nicht vorlag. Der Mann erklärte sich bereit, in der infolge der Unvollkommenheit unseres Scheidungsrechtes nun einmal üblichen Weise vor Gericht einen Ehebruch vorzutäuschen. Kein Einsichtiger wird es ihm jedoch verdenken, dass er zur Uebernahme dieser sogenannten "Schuld" nur bereit war, wenn die Frau ihrerseits auf Unterhaltungsanspruch verzichtete. In diesem Sinne wurde bei dem Anwalt ein Vertrag zwischen den beiden Ehegatten geschlossen.

Obwohl das Reichsgericht derartige Abmachungen der Parteien zur Erleichterung der Scheidung bisher stets als "unsittlich" und dahernichtig erklärt hatte, hatten sich die Gerichte erster Instanz und insbesondere die Berliner

Gerichte, in neueren Urteilen bereits häufig dahin ausgesprochen, dass eine Unterhaltsklage entgegen einem solchen "unsittlichen" Verträge noch viel unsittlicher und daher abzuweisen sei. Aber die Frau dieses Ehemannes probierte es trotzdem und reichte vergnügt trotz ihres Unterhaltsverzichts die Klage auf Alimentation gegen ihren früheren Mann ein, mit der Begründung, dass er ja nach dem Urteil für allein schuldig erklärt worden sei. Sie hatte Glück; denn das in diesem Falle zuständige Gericht hielt sich ausnahmsweise noch an die veraltete Rechtsprechung des Reichsgerichts: das Urteil lautete, der Verzichtsvertrag sei "unsittlich" und nichtig und der Ehemann sei daher nach dem Wortlaut des Scheidungsurteils als allein schuldiger Teil unterhaltsverpflichtet.

Nun aber reichte der geschiedene Ehemann gegen seinen Abwalt die Schadensersatzklage ein, weil ja der Anwalt ihn zum Abschluss des angeblich "unsittlichen" Vertrages veranlasst hatte. Dieser Prozess wurde durch sämtliche Instanzen bis zum Reichsgericht durchgefochten mit einem Resultat, an dem man nur die eiserne Konsequenz des Reichsgerichts rühmen kann. Dieses hat nämlich entschieden, dass der Anwalt für seinen entgegen den früheren Entscheidungen des Reichsgerichts gegebenen Rat schadenersatzpflichtig sei und also in diesem Falle die Frau seines Klienten solange zu unterhalten habe, bis diese sich wieder verheirate.

Diese Entscheidung ist schon an sich juristisch bedenklich, weil ja kein deutsches Gericht gezwungen ist, dem Reichsgericht in seiner Entscheidungspraxis zu folgen. Die neue Reichsgerichtsentscheidung erscheint aber um so ungeheuerlicher, wenn man sich klar macht, welche verheerenden Folgen eine derartige Lebensfremdheit auf die künftige Praxis der Anwälte und der untergeordneten Gerichte ausüben muss, deren Verhalten die scheidungslustigen Ehepaare künftighin noch mehr als bisher zur Lockerung der Prozessmoral zwingen muss. Angesichts dieser Ereignisse fragen wir uns erneut: können Gesetze und höchsterichterliche Entscheidungen, die das Volk nötigen, die Gerichtsbehörden gegebenenfalls zu betrügen und zu belügen, noch als haltbar bezeichnet werden, oder verstösst nicht die Aufrechterhaltung solcher Gesetze und Entscheidungen in unserer Zeit selbst gegen die guten Sitten?

+ + +

Die rote Femevilla in Saartrouville.

Die Antifaschistenzentrale "E" entpuppt sich als Radiostation für Moskau - Der Bericht über 299 Tribunalurteile - Licht auf die Affäre Kutiepoff? - Monatlich 100 000 Francs aus Russland - Das Geheimnis um "ABCD".

SPD. Wie ein spannender Abenteuerroman liest sich die Geschichte der nahe Paris gelegenen Femevilla von Saartrouville, deren Generalstabsquartier vor etwa zwei Wochen von den französischen Kriminalbehörden unter dramatischen Umständen entdeckt wurde.

Am Dienstag, den 28. Oktober, fand man auf der Strasse in Saartrouville einen ziemlich jungen Mann bewusstlos auf, am Kopf blutete er aus einer grossen Wunde. Er wurde ins Krankenhaus überführt, kam jedoch noch lange nicht zu sich. Seine Papiere lauteten auf den Namen Luigi Carti, 30 Jahre alt, gebürtig aus der italienischen Schweiz, wohnhaft in Paris, Hotel Rue Belleville 296. Die polizeilichen Recherchen ergaben, dass der Verletzte im Hotel mit einer gewissen Isidorina Dééselle gelebt und mit italienisch-antifaschistischen und russisch-kommunistischen Kreisen in Verbindung gestanden hatte.

Das Grab im Keller.

Am selben Tage erschienen bei der Polizei Nachbarn der Villa Nr. 16 am Ufer der Seine und machten Angaben über gewisse verdächtige Erscheinungen. Sie hatten Carti, anscheinend verletzt, die Villa verlassen sehen. Die Polizei fand die Tür der rätselhaften Villa offen. Auf dem Fussboden des ersten Zimmers lag ein Revolver, der Boden wies Blutspuren auf, im Zimmer herrschte

grösse Unordnung. Im Keller des Hauses stiess man auf ein offenes Grab, dabei lagen 12 Säcke Zement. Ein flüchtiger Blick in die zehn Zimmer der Villa liess keinen Zweifel über deren Zweck: es war das Hauptquartier irgendeiner geheimen Organisation. Davon zeugten verschiedene Papiere, Proklamationen, Bücher usw., die herumlagen. Mieter der Villa waren zwei Italiener - Angello Commeti, 22 Jahre alt und Aldo Cavallini, 27 Jahre alt. Sie lebten hier mit ihren Frauen. Ausser ihnen hausten in der Villa vier weitere Personen, zwei Männer und zwei Frauen. Alle acht waren verschwunden.

Die Sitzung des Tribunals.

Carti konnte erst am nächsten Morgen vernommen werden. Er war sehr wortkarg. Was er sagte, schien wenig glaubhaft. Er wollte mit der Villa in nur loser Verbindung gestanden haben; er sei in eine Falle gelockt worden. Als man ihm ein Photo des offenbar für ihn bestimmten Kellergrabes zeigte, wurde er gesprächiger. Erst ganz allmählich gab er ein Bild von den Vorfällen vor seiner Verletzung. Mit der ganzen Wahrheit rückte er aber nicht heraus. So viel schien festzustehen: er war aus Belgien wegen antifaschistischer Tätigkeit ausgewiesen, unterhielt in Paris engste Beziehungen mit der Villa in Sartrouville, war hier ständiger Gast, lebte unter den verschiedensten Namen - auch Carti hiess er nicht - leistete den Antifaschisten Dienste und wurde eines Tages des Verrats verdächtigt? Am Montag Abend erhielt er die Aufforderung sich am nächsten Morgen in der Villa einzufinden; er sah sich hier 4 Personen gegenüber, darunter Commeti, Cavallini und einem gewissen Begnini. Man sagte ihm den Verrat auf den Kopf zu, er stritt ab, man forderte ihn auf, seine Aussage zu Protokoll zu geben, er beugte sich über das Papier - im nächsten Augenblick traf ihn von hinten die Kugel. Als er zu sich kam, war niemand im Zimmer. Seine Mörder, die ihn tot glaubten, hatten sich entfernt, um das Grab zu bereiten. Unter grösster Anstrengung schleppte Carti sich aus der geheimnisvollen Villa und brach auf der Strasse bewusstlos zusammen.

Die Teufelsmaschine.

Die Durchsuchung der Villa hatte ein ganz unerwartetes Ergebnis. Die aufgefundene Korrespondenz, darunter auch solche aus Moskau, in aller Eile zurückgelassen, in viele Stücke zerrissene Papiere, das Assortiment der Bücher, viele gefälschte Pässe und Personalausweise ermöglichten ein fast lückenloses Bild von der Tätigkeit einer antifaschistischen Organisation. Eine Liste ihrer Agenten in Italien, Ungarn, Oesterreich, der Tschechoslowakei mit Initialen bezeichnet, fiel in die Hände der Polizei. Man entdeckte eine Teufelsmaschine, deren Uhrwerk dem Mechanismus der Bombe entsprach, die bei dem Antifaschistenattentat am 25. Oktober verwendet worden war. Man fand auch ein Wäschepaket, das für den Häftling Commello, den Attentäter von damals, bestimmt war. Man besann sich auf die Bombe, die vor einiger Zeit in einem italienischen Faschistenflugzeug kurz vor dessen Aufstieg aus Sartrouville entdeckt worden war. Man dachte auch unwillkürlich an den Überfall auf das faschistische Lokal in Paris. Alle Fäden schienen hier zusammenzulaufen. Ja, man war sogar geneigt die Ermordung des weissgardistischen Generals Kutjepow a conto der Bewohner der Mordvilla zu setzen. Der Keller wurde nach weiteren Zementgräbern abgeklopft, der Garten durchsucht: Vergeblich! Wohl aber fand man eine Notiz, die sich auf eine bevorstehende Sitzung bezog - es sollte Bericht über 299 Tribunalurteile erstattet werden; auch russische Zeitungen fanden sich, in denen die Berichte über die Ermordung Kutjepows und Nachforschungen der Polizei rot umrandert waren.

Der Radiosender im Garten.

Schliesslich stiess man auf zwei Geheimzimmer mit Geheimschränken, in denen eine reichliche Menge russischer Korrespondenz und der dazugehörige Chiffre schlüssel entdeckt wurden. Der letzte Zweifel, hier das berühmte Zentrum "E", das nicht nur die Antifaschisten, sondern auch die kommunistische Jugendinternationale bediente, entdeckt zu haben, musste schwinden.

Ein aufs modernste ausgerüsteter Radiosender und Radioempfänger - ein

Sender mit einem Radius von 10 000 km befand sich im Garten - ermöglichte die Verbindung mit Moskau und Italien. Die Frau eines der Fernsprecher, Begnini, die Tschechin Solochowa, der russischen Sprache mächtig, hatte mehrfach Reisen nach Russland unternommen und war erst vor einem Monat von ihrer letzten Sowjetfahrt zurückgekehrt. Die Buchführung enthüllte monatliche Zuschüsse aus Russland in Höhe von 100 000 Francs. Auch für Militärsponagetätigkeit fanden sich Beweismittel. Endlich wurde festgestellt, dass ein Abgesandter der internationalen kommunistischen Zentrale Antonow hier für längere Zeit sein Domizil aufgeschlagen hatte.

Hundert Italiener verhaftet!

Während mehr als 100 Italiener verhaftet wurden und die französische Polizei sich mit der belgischen und schweizerischen in Verbindung setzte, während in einer grossen Anzahl französischer Städte verschiedene Päden, die zur Villa Sartrouville führten, verfolgt wurden, blieben alle Nachforschungen nach den Bewohnern der Villa erfolglos. Auch die wiederholten Vernehmungen Cartis brachten nur geringe Ausbeute. Er kannte Commeti und Cavallini, kannte auch Begnini und die Solochowa und schien in die internsten Dinge eingeweiht. Als hervorragender Radiotechniker dürfte niemand anders als er die Radiostation eingerichtet und bedient haben. Seine Angaben zur Person bewiesen sich als falsch. Erst mühevollere Recherchen ergaben, dass er aller Wahrscheinlichkeit nach ein gewisser Eros Vecchi sein müsse, der, im Jahre 1927 vom italienischen Gericht als aktiver Antifaschist zu 10 Jahren Kerker verurteilt, aus Italien geflohen war.

Carti ein Lockspitzel?

Weshalb hatte das Tribunal Carti zum Tode verurteilt? Carti-Vecchi behauptet, weil er, der politischen Tätigkeit müde, sich mit seiner Geliebten zur Ruhe setzen wollte. Die letzten Feststellungen der Polizei lassen seine Rolle mehr als verdächtig erscheinen. Die Erklärung der "Humanité", er habe Lockspitzeldienste geleistet und sowohl für Faschisten wie Antifaschisten gearbeitet, soll nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sein.

Carti-Vecchi fürchtet nach wie vor für sein Leben. Im Krankenhaus, wo er seiner baldigen Genesung entgegengieht, hat er sich mit seiner Geliebten trauen lassen. Vielleicht, um in Frankreich bleiben zu dürfen.

Noch sind nicht alle Geheimnisse der roten Feme-Villa von Sartrouville gelüftet. Befand sich hier das Zentrum E, so gibt es wohl zweifellos noch "Zentren" A B C D. In einem dieser antifaschistischen Stabsquartiere mögen wohl Cavallini und Commeti fürs erste mit ihren Frauen und Kindern Unterschlupf gefunden haben.

Ein Leonardo da Vinci aus Briefmarken. Ein Waisenhaus in dem Wiener Vorort Spessing besitzt eine Kopie des berühmten Abendmahlbildes Leonardo da Vincis die nur aus Briefmarken hergestellt ist. Das seltsame Gemälde ist das Werk eines Mönches namens Karolus Stoss, der 12 000 Briefmarken aller Farben und aller Länder dazu verwandte und 5 Jahre an dem Bild arbeitete. Das Kunstwerk ist unverkäuflich, obwohl ein Amerikaner bereits mehrere Millionen Dollar dafür geboten haben soll.

Schneestürme in Nordwest-Amerika. In dem nordwestlichen Teil der Vereinigten Staaten wüteten Schneestürme, denen mehrere Personen zum Opfer fielen. In Regina fand ein Farmer in der Nähe seines Hauses sechs Automobilisten, die im Schnee stecken geblieben und erfroren waren. Bei Calgary fand ein Automobilist in einer Schneelawine den Tod.

Vom Elefanten zerdrückt. In Blackpool (England) verlor durch das Nachgeben einer Umzäunung der Elefant eines dort gastierenden Zirkus das Gleichgewicht, fiel auf einen 11-jährigen Knaben und zerdrückte ihn völlig.

Nazis als Universitätsrüpel. Vor der Berliner Universität kam es am Dienstag mittag zu erheblichen Tumulten. Als Vertreter des deutschen Studentenverbandes Aufrufe mit der Aufforderung verteilten "Schluss zu machen mit der nationalsozialistischen und kommunistischen Verhetzung", fanden sich eine grosse Anzahl nationalsozialistischer Studenten ein, die versuchten, den Zettelverteilern, meistens Mitgliedern des sozialdemokratischen Studentenbundes, die Flugblätter aus der Hand zu reissen, um sie zu vernichten. Nach getaner Rüpelarbeit vereinten sich die Nationalsozialisten zu einem Demonstrationzug und vergnügten sich mit dem Absingen antisemitischer Hetzlieder. Später griffen die Nationalsozialisten einzelne Mitglieder des Sozialistischen Studentenbundes auf dem Hof der Universität tötlich an. Als die Polizei erschien, um den Vorhof der Universität zu räumen, veranstalteten die Nationalsozialisten ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert.

+ + +
Sträflingskolonie im Eismeer? Die französische Regierung plant, die berühmteste französische Sträflingskolonie Cayenne, in der ausserordentlich ungünstige klimatische Verhältnisse herrschen, aufzuheben und nach den Kerguelen-Inseln zu verlegen. Das Klima soll gesünder sein als das von Guayana, ausserdem soll die Insel zum Teil fruchtbaren Boden tragen, sodass hier der grösste Teil der Nahrungsmittel für die Sträflinge angepflanzt werden könnte.

+ + +
Frenzel-Prozess. In der Dienstag-Verhandlung des Frenzel-Prozess erfolgte die Gegenüberstellung von Frau Frenzel und Gertrud Frenzel, die in Abwesenheit des Angeklagten stattfand. Die Aussprache zwischen Mutter und Tochter ergab im Grunde keine neuen Gesichtspunkte: Gertrud Frenzel blieb bei ihren schwerwiegenden Beschuldigungen, und kein Vorhalt ihrer Mutter vermochte sie von ihnen abzubringen.

+ + +
Wird Diamond sterben? Nach New Yorker Meldungen trat in dem Befinden Jack Diamonds, auf den ein Attentat verübt worden war, eine wesentliche Verschlimmerung ein, die sein baldiges Ableben wahrscheinlich macht.

+ + +
Bauunglück in Frankreich. In Montfaucon (Ardennen) stürzten drei Arbeiter, die mit der Ausbesserung des Kirchturms beschäftigt waren, mit einem Teil des Baugerüsts in die Tiefe. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, der dritte wurde lebensgefährlich verletzt in das Hospital von Verdun eingeliefert.

+ + +
Die grösste Brücke der Welt. Die Engéneering Company in London hat von der englischen Regierung den Auftrag erhalten eine Brücke über den Zambesi-Fluss in Südost-Afrika zu bauen. Die Brücke, die vollständig aus Stahl hergestellt werden soll, wird mit 11.650 Fuss Länge die grösste Brücke der Welt sein. Die Baukosten sollen sich auf etwa 30 Millionen Mark belaufen.

+ + +
Versicherungsmord eines Dachdeckermeisters? Im Haag wurde ein 46-jähriger Dachdeckermeister verhaftet, der bei Reparatur einer Kirche im Osten Amsterdams vor anderthalb Jahren eine Leiter so unglücklich aufgestellt hatte, dass sein 55-jähriger Gehilfe zu Fall kommen musste und an den erlittenen Verletzungen verstarb. Es wurde festgestellt, dass der Gehilfe zugleich sein Compagnon gewesen war und dass der Meister sich und seinen Compagnon gegenseitig so versichert hatte, dass bei einem Todesfall der Ueberlebende eine namhafte Prämie erhielt. Diese Prämie hatte der Meister auch erhalten. Er hatte dieses Manöver schon wiederholt versucht und noch erst kürzlich wieder eine Versicherung mit einem neuen Compagnon abschliessen wollen, was diesmal aber zum Verdacht und endlich zur Verhaftung führte.

+ + +

Todessturz eines Amtsgerichtsdirektors. Am Montag nachmittag ist Amtsgerichtsdirektor Fuhrmann=Leipzig im Schrammsteingebiet der Sächsischen Schweiz durch Absturz tödlich verunglückt.

+ + +
Eine Fähre gesunken. An der gleichen Stelle, an der im Jahre 1925 bei einem Fährunglück der Reichswehr 81 Soldaten ertranken, sank während der Ueberfahrt über die Weser kurz vor Landung an der lippischen Seite das Veltheimer Fährschiff. Es war mit Rindern besetzt, die nach vorn drängten und von den vier Treibern nicht mehr zurückgehalten werden konnten. Durch die Hilfe des Fährmanns Huck - der auch bei dem Reichswehrlück zahlreichen Soldaten das Leben gerettet hatte - konnten alle vier Treiber gerettet werden. Die Rinder trieben ab, gelangten aber gleichfalls an Land.

+ + +
Furchtbare Negerverfolgungen in U.S.A. In der amerikanischen Stadt Greenville (Missouri) verhaftete die Polizei drei Neger, die einen Raubmordversuch an einem Geschäftsmann des Ortes unternommen hatten. Die amerikanische Bevölkerung geriet darauf in eine derartige Wut gegen die in der Stadt wohnenden Schwarzen, dass diese ihre Wohnungen verlassen und in die Wälder der Umgegend flüchten mussten. Ein Neger, der im Krankenhaus lag, wurde von den weissen Patienten aus dem Gebäude gejagt und auf der Strasse von der empörten Menschenmenge gelyncht. Die Polizei steht der Bewegung völlig machtlos gegenüber.

+ + +
Pest in China. Zu der chinesischen Hungersnot, die in den letzten zwölf Monaten nach zuverlässigen Schätzungen in der Provinz Shensi wenigstens eine halbe Million Menschen hinweggerafft hat, beginnt sich eine furchtbare Pestepidemie zu gesellen. Eine Epidemie von Lungen- und Bubonenpest, die vor zwei Monaten in Nord Shensi ausgebrochen ist, verbreitet sich mit rasender Geschwindigkeit und hat bereits ganze Dörfer ausgerottet. Es besteht die Gefahr, dass ganz Nord-China infiziert werden wird, falls die Behörden nicht energische Präventivmassnahmen ergreifen. Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt. Sie flieht in Massen aus den von der Seuche ergriffenen Bezirke und lässt die Körper der Gestorbenen unbeerdigt zurück. In den Dörfern wird versucht die Götter durch abergläubische Zeremonien wie durch Opfer zu versöhnen und die Geister der Verstorbenen zur Fürbitte für die Beseitigung der Pestnot zu veranlassen.

+ + +
Die erste Volkshochschule in Rumänien. Die literarische Sektion in Klausenburg in Siebenbürgen, ein selbständiges Unternehmern der Kulturorganisation "Astra", die unter Leitung des Universitätsprofessors Bogdan Duicas steht, beschloss in einer Vollsitzung die schon seit mehreren Wochen in der rumänischen Presse mehrfach erörterte Gründung einer Volkshochschule. Die Vorlesungen finden allabendlich von 7 bis 9 Uhr im Universitätsgebäude in Klausenburg statt und werden je vier Monate dauern. Zwölf Universitätsprofessoren sollen je einen Gegenstand vortragen. Mit der Errichtung der Volkshochschule in Klausenburg ist zum erstenmale in Rumänien der Gedanke einer Volkshochschule als ständige Einrichtung verwirklicht worden.

+ + +
Hochwasser in Hamburg. Der starke Nordweststurm, der auf der Nordsee wütete, hat so viel Nordseewasser in die Elbe gedrückt, dass die Flut im Hamburger Hafen derart anstieg, dass eine ganze Reihe von Kellern und tiefer gelegenen Wohnungen überschwemmt wurden.

+ + +
Autobus-Katastrophe in Rumänien. In Rumänien wurde ein mit 16 Personen besetzter Autobus an einem unbewachten Bahnübergang von einem Eisenbahnzug ergriffen, mitgeschleift und zertrümmert. 8 Personen wurden getötet, alle Anderen schwer verletzt.



Metallarbeiter und Schiedsspruch.

SPD. Am Dienstag trat in Berlin der engere Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes - Vorstand und Bezirksleiter - zusammen, um zu dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie und seinen Auswirkungen Stellung zu nehmen. Die Beratungen dauerten bis in die späten Abendstunden. Sie werden am Mittwoch auf der Tagung des erweiterten Beirats, dessen Mitglieder telegraphisch nach Berlin beordert wurden, fortgesetzt.

Der Verbandsvorsitzende Brandes erklärte in seinem Rückblick über den Verlauf der Bewegung, es sei die einmütige Auffassung des Vorstandes, dass man nur ein Gefühl der Empörung über den neuen Schiedsspruch haben könne, da er alle Erwartungen gewaltig enttäuscht habe. Der neue Schiedsspruch sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Nachdem der erste Spruch des Schlichters Dr. Völckers von der Metallarbeiterschaft einmütig abgelehnt und die Ablehnung durch einen opferreichen Streik nachdrücklichst unterstrichen worden sei, habe es als unmöglich erscheinen müssen, dass der alte Schiedsspruch in der Entscheidung der neu ernannten Schlichterkammer wiederkehren werde - auch nicht in der Form einer Teilung, wie sie jetzt vorliege. Kein Mensch in Deutschland könne diesen Schiedsspruch verstehen, weil er alles unberücksichtigt lasse, was seit der Fällung des ersten Schiedsspruchs sich abgespielt habe. Auch die dem Schiedsspruch beigegebene Begründung könne keineswegs befriedigen. Wenn in ihr darauf hingewiesen werde, dass der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie nicht schematisch auf andere Gebiete Deutschlands übertragen werden dürfe, so müsse demgegenüber hervorgehoben werden, dass der Verband sich in seiner Stellung gegen jeden Lohnabbau - zumal dann, wenn dieser das Realeinkommen der Arbeiter verschlechtere - nicht beirren lasse. Der Verband werde jeden nur möglichen Widerstand leisten. Dass es der Organisation mit dieser ihrer Haltung durchaus ernst sei, beweiße der inzwischen erfolgte Ausstand der Metallarbeiter in Bielefeld.

In der Aussprache des engeren Beirats wurde die vom Vorstand vertretene Auffassung nachdrücklichst unterstrichen. Vor allem kam immer wieder die grosse Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass ein solcher, für vollkommen unmöglich gehaltene, Schiedsspruch auch noch mit der Stimme Sinzheimer's zustande gekommen sei, den der Metallarbeiterverband für das Schiedsgericht benannt habe.

SPD. In der Bielefelder Metallindustrie sind rund 9 000 Arbeiter ausgesperrt worden. Die Aussperrung, von der die Lehrlinge und Wochenlöhner ausgenommen sind, begann am Dienstag Abend.

SPD. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung hat sich bis jetzt für die Forderungen der Eisenbahner auf Verkürzung der Arbeitszeit zwecks Eindämmung der Arbeitslosigkeit nicht erwärmen können, obwohl nach wie vor die Tatsache besteht, dass bei der Reichsbahn 65 % der Beamten 54 Stunden und darüber in der

Woche zu arbeiten haben. 15 000 Hilfsbeamte und -arbeiter sind trotz beruhigenden Zusicherungen der Hauptverwaltung von der Entlassung bedroht; viele davon haben mehr als ein Jahrzehnt Beamtendienst geleistet und laufen nun Gefahr, aufs "flaster zu fliegen. Wenn auch nur ein Teil dieser Hilfsbeamten in den Betriebsdienst eingespannt würde, könnte die notwendige Entlastung des Betriebspersonals eintreten. Was aber ist festzustellen? Die Gruppenverwaltung Bayern fordert, wie die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer mitteilt, in einem neuen Erlass unter Berufung auf eine Präsidentenbesprechung der Reichsbahn-Gesellschaft zu einer weiteren Intensivierung des Betriebsdienstes durch die nachgeordneten Stellen auf.

Bei etwas gutem Willen sind die notwendigen Erleichterungen des Personals, die auch im Interesse der Sicherheit liegen, ohne besondere finanzielle Opfer durchzuführen. Das Personal ist heute überlastet. Die Dienstvorschriften sind nach wie vor überaus hart. Der zermürbende Nachtdienst wird unterbewertet.

Man konnte erwarten, dass die Reichsbahn sich die Ablehnung der Forderung der Eisenbahner nicht gar so leicht machen würde. Die Eisenbahnergewerkschaften führten mit Recht Beschwerde darüber, dass die Reichsbahn es für nicht nötig hielt, auf die Einzelheiten ihrer Beschwerden und Wünsche einzugehen.

SPD. Der Deutsche Tabakarbeiterverband hat dieser Tage in Bremen zu den Tabakzoll- und Tabaksteuerplänen der Regierung Stellung genommen. Er nahm eine Entschliessung an, worin mit aller Entschiedenheit gegen die Mehrbelastung Front gemacht wird, die dem Tabak und den Tabakerzeugnissen wieder aufgebürdet werden solle. Die von der Reichsregierung beantragte Erhöhung der Tabakzölle und der Tabaksteuer, die im strikten Widerspruch zu dem allgemeinen Verlangen nach Freissenkung und Arbeitsbeschaffung stünden, müssten sich für das gesamte Tabakgewerbe, vor allem aber für die 170 000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie gerade katastrophal auswirken. Tausende und Abertausende von Arbeitskräften, die zum grossen Teil in Gebieten ohne andere Erwerbsmöglichkeiten ansässig und tätig seien und vielfach infolge körperlicher Gebrechen keine andere Arbeit verrichten könnten, müssten für immer aus dem Produktionsprozess ausscheiden oder für lange Zeit arbeitslos werden, wenn die Regierungsvorlage Gesetzeskraft erlange. Aus diesem Grunde müsse der Vorstand des Verbandes unbedingt alle nach Lage der Verhältnisse erforderlichen Schritte unternehmen, um das der Tabakarbeiterschaft drohende Unheil abzuwehren.

SPD. In Oesterreich wurden Ende Oktober 192 670 Arbeitslose unterstützt. Das sind 17 800 mehr als 14 Tage zuvor. Dazu kommen etwa 35 000 Nichtunterstützte.

SPD. Der unerwartete neue Rückgang des industriellen Beschäftigungsgrades in den Vereinigten Staaten - die Beschäftigungsziffer des letzten Monats ist 18 % niedriger als die im Oktober des Vorjahres - hat im Staat New York die Behörden alarmiert. Man rechnet mit einem kritischen Winter.

Bundessenator Wagner kündigte die Wiedereinbringung von drei Gesetzvorlagen zur Lösung der Wirtschaftskrise an, deren Verabschiedung im letzten Tagungsabschnitt des Bundeskongresses auf die lange Bank geschoben worden war. Wagner erwartet, dass diesmal die Gesetzentwürfe angenommen werden. Er will den vorgeschlagenen Arbeitslosenfond von 150 auf 250 Millionen Dollar erhöhen.

SPD. Den Steuerleuten der Rheinschiffahrt wollen die Reeder die Bezüge kürzen. Am Oberrhein geht die Kürzungsforderung bis zu 33 %. Die Steuerleute stehen dem Druck der Unternehmer ziemlich hilflos gegenüber, da sie nicht genügend organisiert sind.

SPD. Seit der Fällung des Metallschiedsspruches geht durch die Presse ein förmlicher Preisabbau-Tamtam. Wenn man die Schlagzeilen der Blätter sieht, möchte man glauben, dass der lang ersehnte grosse Preisrutsch endlich Tatsache geworden ist. Bei genauerem Zusehen zeigt sich jedoch, dass von einem ernsthaften Preisabbau keine Rede sein kann. Binnen 24 Stunden ist der mit viel Lärm angekündigte Beginn des Preisabbaus schon wieder ins Stocken geraten. An allen Ecken und Enden gibt es Missverständnisse. So soll der Brotpreis nicht von 50 auf 46 Pfennig, sondern nur auf 48 Pfennige gesenkt werden. Die Fleischer und Bäcker machen ihre Zusagen zu einer kaum nennenswerten Verbilligung von allerhand Bedingungen abhängig, und es ist hundert gegen eins zu wetten, dass binnen kurzem, wenn nicht die Regierung mit harter Faust dazwischen fährt, auf der ganzen Linie eine regelrechte Preisabbaukatzbalgerei losgeht.

Die Arbeiterschaft steht dem Lärm - einem richtigen Lärm um nichts - misstrauisch gegenüber. Der Zweck des Getöses ist ja auch zu durchsichtig. Die bittere Pille des Schiedsspruchs soll den Metall- und anderen Proleten etwas versüsst werden. Das Preisabbau-Gerede ist nichts anderes als der Ausdruck eines schlechten Gewissens; denn nur frommer Kinderglaube kann auf den Gedanken kommen, dass nunmehr ein Preisabbau erfolgt, der dem Lohnabbau einigermaßen gerecht wird. Die Arbeiterschaft tut daher gut daran, wenn - wie die ihm nahebestehende Presse versichert, sie überall bei den jetzt nach dem Berliner Metallschiedsspruch neu einsetzenden Tarifverhandlungen, sich auf scharfe Auseinandersetzungen gefasst machen. Die Unternehmer werden versuchen, die Schlichter auf die Lohnabbau-Richtlinie des Berliner Metallschiedsspruchs in Höhe von acht Prozent zu drängen. In den meisten Fällen werden Schlichter und Unternehmer zusammengehen, während die Arbeitnehmer die Schiedssprüche ablehnen müssen. Die Arbeitgeber werden Verbindlichkeitserklärung beantragen und die Entscheidung in die Hand des Reichsarbeitsministers legen.

Wird der Reichsarbeitsminister, der sich scharf gegen die masslose Lohnsenkungspsychose der Arbeitgeber gewandt hat, bei seinen Entscheidungen zeigen, dass er von der Lohnsenkungspsychose frei ist? Oder wird auch er die acht Prozent Lohnabbau des Berliner Metallschiedsspruchs sich zur Richtschnur nehmen? Wir fürchten = ja, obwohl er erklärt hat, wenn eine Lohnsenkung in einem Ausmass von 1 Milliarde durchgeführt werden solle, müsse eine Preissenkung im Ausmass von 2½ bis 3 Milliarden erfolgen. - Bis jetzt liegen die Dinge umgekehrt. Wir haben eine sehr fühlbare Lohnsenkung. Die fühlbare Preissenkung dagegen lässt auf sich warten. Auch christliche Gewerkschaftspresse steht den Preissenkungserwartungen sehr skeptisch gegenüber. Sie verweist darauf, dass z.B. an eine Senkung der Miete ernsthaft nicht gedacht werden könne, da die Regierung die Altbaumieten den Neubaumieten anpassen wolle und die höhere Verzinsung der Aufwertungshypotheken überdies eine Mietssenkung illusorisch mache. Eine Senkung der Preise für Gas, Elektrizität und Verkehrsmittel sei ebenfalls noch recht unwahrscheinlich, denn die Senkung dieser Preise bringe den Gemeinden starken Einnahmeausfall. Auch die vorgesehenen neuen Gemeindesteuern würden kaum zu einer Senkung des Preisniveaus beitragen. - Wenn man das alles hört, muss man sich nur immer wieder fragen: warum soll in Deutschland unbedingt der Lohnabbau dem Preisabbau vorangehen? Warum der unglückselige Metallschiedsspruch?



Schwindel mit der Preissenkung oder was?

Keiner will es gewesen sein! - Was sagt der Reichsernährungsminister Schiele dazu?

SPD. Am Montag Abend unterrichtete das Reichsernährungsministerium die deutsche Presse über die ersten Ergebnisse einer Preissenkungsaktion für die wichtigsten Lebensmittel. Der Reichsernährungsminister Schiele hielt die Angelegenheit - und mit vollem Recht - für wichtig genug, um die Presse persönlich zu informieren. Man behauptet, dass er in diesem Augenblick zum ersten Mal wirkliche und vernünftige Agrarpolitik gemacht habe. Die Ergebnisse befriedigten nicht ganz. Man fand allgemein, dass die Milchpreissenkung um 1 Pfennig pro Liter durchaus ungenügend sei. Für den Brotpreis hatte man allgemein eine Senkung auf 45 statt 46 Pfennige erwartet. Immerhin wurde durch die rasche Arbeit des Reichsernährungsministeriums der Optimismus angeregt und man sagte sich, dass das, was für Schweinefleisch, Brot und Milch möglich wäre, auch für Wurstwaren, für Kartoffeln, für die anderen Fleischsorten, weiter für die Miete und anderes mehr auch gehen müsse.

Der Optimismus hat noch nicht einmal 24 Stunden vorgehalten. Da sind zunächst die Berliner Brotfabrikanten. Sie - und anderswo wohl auch - erklären durch ihre Organisationen amtlich, dass sie gar nicht daran dächten, den Brotpreis von 50 auf 46 Pfennige zu senken. Ihre Zusage gehe lediglich dahin, den Brotpreis, immer für das 2½-Pfundbrot, von 50 auf 48 Pfennige zu ermässigen. Auch sei diese Zusage nur für die Dauer von zwei Monaten gegeben und nur unter der Voraussetzung, dass die vom Reichsernährungsministerium in Aussicht gestellten Produktionsverbilligungen in Kraft treten. Danach hat der Reichsernährungsminister am Montag Abend gegenüber der gesamten deutschen Presse etwas erklärt, was nicht ist. Das Reichsernährungsministerium behauptet nun, dass sich die Organisationen der Brotfabrikanten mit der Herabsetzung des Brotpreises um 4 Pfennige einverstanden erklärt haben. Hinterher hätten die Brotfabrikanten die von ihren Organisationen übernommene Verpflichtung nicht anerkannt und nicht sanktioniert. Sie hätten die Vereinbarungen der Organisationen mit dem Reichsernährungsministerium einfach über den Haufen geworfen und von sich aus die zugestandene Brotpreiseremässigung um 50% auf 2 Pfennige reduziert.

Man wird fragen, was der Reichsernährungsminister dagegen zu tun gedenkt: Dass Herr Schiele etwas dagegen tun muss, versteht sich von selbst. Denn schon hört man die Milchhändler fragen, wieso sie dazu kommen, den Milchpreis um 1 Pfennig pro Liter zu ermässigen? Sie hätten keine Zusage gegeben. Also dasselbe Spiel wie bei den Brotfabrikanten und die Fleischerverbandszeitung, das Organ der Fleischermeister, erklärt, dass die dem Reichsernährungsministerium gegenüber abgegebene Erklärung über die Senkung der Schweinefleischpreise keine rechtliche Verpflichtung, sondern nur eine moralische Bindung darstelle. Man möchte hinzufügen: und dass die Moral dort aufhört, wo der Profit anfängt! Nun ist man im Reichsernährungsministerium der Auffassung, die Partner, die gegen Treu und Glauben handeln, durch Druck in der Öffentlichkeit zur Innehaltung der gegebenen Versprechungen zwingen zu können. Gegenüber den Brotfabrikanten ist es möglich, dass die breiten Massen ihr Brot bei dem Bäcker kaufen,

der den Brotpreis um 4 Pfennig ermässigt und nicht bei der Brotfabrik, die den Preis nur um 2 Pfennige heruntersetzt. Wie lange wird dieses Mittel aber Wirkung haben? Bei der Mentalität und angesichts der ausgebauten Innungskartelle ist es doch sehr wahrscheinlich, dass die Bäckermeister, die sich jetzt zu einer Herabsetzung um 4 Pfennige bereit erklärt haben, den Brotpreis bald wieder um 2 Pfennige heraufsetzen, und sehr wenig wahrscheinlich, dass die Brotfabriken die volle Ermässigung von 4 Pfennigen gewähren.

Überhaupt ist die Preisermässigung um 4 Pfennige eine sehr zweifelhafte Angelegenheit. Das dürfte nicht nur für Berlin der Fall sein. Nach der Mitteilung des Reichsernährungsministeriums soll sich das 2½-pfündige Brot im Preis von 50 Pfennigen auf 46 Pfennige ermässigen. Danach wird eine Preisermässigung um 4 Pfennige proklamiert. Der Durchschnittspreis für Brot beträgt aber in Berlin pro Kilogramm 39 Pfennige. Bei einem 2½-pfündigen Brot ergibt sich mithin eine Preisermässigung von nur 3 Pfennigen und nicht von 4 Pfennigen, wie der Reichsernährungsminister Schiele angekündigt hat. Die Bäckermeister sind bei ihrer Preisermässigung - und leider ist das Reichsernährungsministerium ihnen hier gefolgt - von dem Innungspreis ausgegangen, der auf dem Papier steht. Dadurch haben sie bei der Preisermässigung einen Pfennig gespart. Das macht für ein Brot wenig aus, bedeutet aber in der Masse ungeheuer viel. Die Brotpreisermässigung senkt sich dadurch von 8 auf 6%. Im übrigen beweist das, wie die "Freiwilligkeit" der Bäckermeister zu einer Preissenkung in Wirklichkeit aussieht.

Die Bäckermeister berufen sich allerdings darauf, dass in der ersten Novemberwoche, also in der Woche vom 3. zum 9. November 1930, eine Erhöhung der Mehlpreise eingetreten sei. Ohne die Preissenkung wären sie gezwungen gewesen, das Brotgewicht infolge des Anziehens der Mehlpreise heraufzusetzen. Sieht man sich die Preiserhöhung des Roggenmehls in der fraglichen Zeit näher an, so macht sie pro 100 kg nicht ganz 1 Mark aus. Derartig geringe Schwankungen sind Regel. Solche Schwankungen wirken sich auch kaum auf den Brotpreis aus. Hier werden sie herangezogen, um die an sich kümmerliche Brotpreissenkung um 4 Pfennige noch weiter zu reduzieren.

Das ganze Spiel muss die Regierung zwingen, unverzüglich und ohne jede Rücksicht den Skandal der überhöhten Lebensmittelpreise aufzurollen. Die breiten Massen, vor allem Arbeiter und Angestellte, haben ungeheure Lohnopfer gebracht. Gerade die Effektivlöhne haben sich ganz gewaltig gesenkt. Ohne den Tariflohnabbau liegen die gegenwärtigen Krisenlöhne gegenüber den Konjunkturlöhnen um 20, 30 und mehr Prozent zurück. Der Regierung muss es klar sein, dass die Massen, die diese Opfer gebracht haben, nachdrücklichst daran erinnern, dass das von der Regierung gegebene Wort einer Preissenkung nicht Theater und Komödie wird.

Die Arbeit, die das Reichsernährungsministerium geleistet hat, erscheint recht unvollständig. Die Regierung wird in den Kreis ihrer Preisabbaubestrebungen ausser Brot, Fleisch, Kartoffeln und Milch noch andere Dinge einbeziehen müssen. Sie wird vor allem dafür zu sorgen haben, dass sich der einfache Mann aus dem Volke ein Bild über die Preissenkung machen kann. Diese Möglichkeit besteht heute nicht, dazu gehören periodische Veröffentlichungen von Höchst- und Niedrigstpreisen, von Einkaufspreisen usw. in möglichst kleinen Bezirken. Dazu gehört vor allen Dingen, dass eine weltfremde Justiz die Preisvergleichen gen freigibt, die sie den Konsumvereinen durch Androhung härtester Strafen, bisher verbietet. Eine Durchsichtigmachung der ganzen Materie kann auch nur Preiskorrekturen verhindern, die bei dem Schwanken der Erzeuger- und Grosshandelspreise tagtäglich drohen.

So rühmt sich z.B. das Fleischergewerbe, dass es in eine Schweinefleischpreisverbilligung von 5 Pfennigen eingewirkt habe, obwohl die Schweinepreise in den letzten Wochen angezogen. Wir haben dem Fleischergewerbe nun schon seit Wochen klar zu machen versucht, dass das Anziehen der Schweinepreise eine Saisonscheinung ist und dass man mit einem Rückgang der Schweinepreise, zuminde-

sten bis weit in das Jahr 1931, hinein zu rechnen hat. Der fällige Rückgang der Schweinepreise ist in Berlin am gestrigen Dienstagmarkt eingetreten. Die Preise senkten sich für Schweine in der Klasse a) von 70 auf 65 Mark und darunter, für Klasse b) von 69 Mark auf 65 Mark und darunter und für Klasse c) von 68 Mark auf 65 bis 61 Mark. Diese Preisermässigung ist natürlich keine Reaktion auf die zugesagte Schweinefleischpreisermässigung, sie ist konjunkturrell begründet. Sie macht pro Pfund 5 Pfennige aus. In Wirklichkeit hat also das Fleischergewerbe mit der Schweinefleischpreisermässigung von 5 Pfennigen gar keine Preiskonzession gemacht und es ist natürlich und verständlich, dass die Öffentlichkeit verlangt, dass die Verbilligung an den Viehmärkten im Schweinefleischpreis zum Ausdruck kommt.

Auch darauf hat der Reichsernährungsminister Schiele eine eindeutige Antwort zu geben. Gerade ihm muss es ja widerstreben, dass sich durch die neuerliche Schweinepreisermässigung das Preisopfer vom Handel auf den Erzeuger, auf den Bauer verschiebt.

Nach dem Lohnabbau ist die Preissenkung das Zentralproblem in unserer Wirtschaft geworden. Die Regierung hat den Lohnabbau mit dem Preisabbau sanktioniert. Der Reichskanzler hat dem gesamten deutschen Volk sein Wort für die Preissenkung gegeben. Dieses Wort muss der Reichskanzler einlösen. Er wenigstens darf nicht, wie die Berliner Brotfabrikanten, gegen Treu und Glauben handeln. Es geht ja auch nicht um Pfennigprofite, wie der ehrsame Mittelstand das Preisproblem betrachtet, sondern um die deutsche Wirtschaft und um ihre Gesundheit, von der alles abhängt!

SPD. Am Dienstag, den 12. November, beginnen vor dem Schlichter in Essen die Verhandlungen über die Wiedereinführung der 7-Stunden-Schicht. Die Bergarbeitergewerkschaften haben diese Forderung aufgestellt, um 20 000 Bergleute ohne grosse Belastung der Selbstkosten wieder in Arbeit zu bringen. Die Unternehmer haben diese Forderung abgelehnt und zuletzt auf der Tagung des Langnamvereins erklärt, dass nur Mehrarbeit eine Besserung der Lage herbeiführen könne.

Ist der von den Bergarbeiterverbänden geforderte Fortfall der in Zeiten grösster Kohlennot vereinbarten Mehrarbeitsstunde wirtschaftlich tragbar? Wie weit haben sich die Selbstkosten gegenüber den Vorjahren verändert, für die genaue Feststellungen (Schmalenbachgutachten usw.) vorliegen? Bei den Lohnverhandlungen im August/September sind die Parteien sich einig geworden, das Schmalenbachgutachten vom April 1928 zum Ausgangspunkt der Selbstkosten und Erlöserörterungen zu nehmen und für eigene Berechnungen den vom R.W.M. (Reichswirtschaftsministerium) vorgezeichneten Kostenrahmen für drei typische Unternehmungen des Ruhrbergbaus beizubehalten. Veränderungen in den vom R.W.M. für November 1927 auf eine Tonne absatzfähige Kohlenproduktion ermittelten Kostenanteilen können entstanden sein durch Veränderungen 1.) der Löhne, 2.) der Leistung, 3.) der Preise für Güter, Dienstleistungen und sonstigen Aufwand, 4.) des Wirtschaftlichkeitsgrades und 5.) des Beschäftigungsgrades. Davon können nur die ersten drei Punkte einer Nachrechnung unterzogen werden, doch geben auch diese allein ein hinlänglich brauchbares Bild der Kosten der laufenden Produktion.

Die Veränderungen der Löhne und der Leistung sind unschwer aus den amtlichen statistischen Veröffentlichungen zu entnehmen. Bei einem Barverdienst von 8,28 Mark im Monat November 1927 und einem Schichtförderanteil von 1153 kg betrug der reine Lohnanteil je Tonne 7,80 Mark. Er ist im Juni 1930 - auf diesen Richtmonat hat man die neuen Berechnungen abgestellt - bei einem Barverdienst von 9 Mark je Schicht und einem Schichtförderanteil von 1335 kg auf 6,74 Mark je Tonne gefallen. Diese Veränderung hat, unter Einbeziehung der Urlaubsvergütung und eines Gehaltsanteils von 12% vom Lohnanteil, ein Sinken des Lohn und Gehaltsanteils, bezogen auf Absatzförderung, von 6% bewirkt. Diese

Prozentsatz ist auch für das Kostenschema der drei typischen als gültig zu bezeichnen.

Bei den Materialkosten sind Preissenkungen für die wichtigsten Verbrauchsgüter mit Ausnahme von Grubenholz festzustellen. Gleiche Mengenanteile je Tonne vorausgesetzt - tatsächlich sind diese Mengenanteile infolge der Rationalisierung zurückgegangen - ist dadurch ein Rückgang des Materialkostenanteils hervorgerufen worden. Zurückgegangen sind auch die sonstigen Kosten, bei denen namentlich der Rückgang der Sozialversicherungsbeiträge ins Gewicht fällt.

Auf diese Weise lassen sich die Grubenselbstkosten ohne Abschreibungen für Juni 1930 auf 12,93 M gegen 13,64 M im November 1927 errechnen.

In der gleichen Weise ist mit den Selbstkostenrechnungen der dem Bergwerksbetrieb zugehörigen Brikettfabriken und Kokereien zu verfahren. Danach stellen sich die Brikettkosten mit 16,85 Mark um 1,23 Mark niedriger als November 1927, während die Kokereiselbstkosten infolge des höheren Wertes des Kohleneinsatzes trotz Sinkens der übrigen Kostenfaktoren mit 24,03 Mark je Tonne Koks die Novemberkosten überschreiten.

Mit den so gewonnenen Selbstkostenunterlagen sind die Erlöse in Beziehung zu bringen, um unter Berücksichtigung der Abschreibungen eine Kapitalertragsrechnung für Juni 1930 aufzustellen.

Der Kohlenerlös je Tonne beträgt für Juni 1930 = 15,94 Mark. Die Steigerung ist hauptsächlich auf die am 1. Mai 1928 erfolgte Kohlenpreiserhöhung zurückzuführen.

Der Kokereierlös je Tonne Koks ist gegen 1927 um 4,16 Mark höher. Darin drücken sich die sowohl höheren Preise als auch die gestiegenen Erträgnisse der Nebenproduktion aus. (Benzol stieg um 26,6% im Preis seit 1927). Die durchschnittliche Verbesserung der Gewinne aus Sonderbetrieben wird mit 15% angesetzt.

Die Briketterlöse zeigen eine leichte Ertragssteigerung.

Der auf eine absatzfähige Tonne umgelegte Handelsgewinn beträgt - berechnet nach der Methode des Schmalenbachgutachtens, so dass der Absatz im unbestrittenen Gebiet, gleichviel ob er durch das Syndikat oder durch die Kohlenhandelsgesellschaften besorgt wird, um den Werltselbstverbrauch erhöht wird - 0,40 Mark. Dieser Betrag stellt lediglich den Grosshandelsgewinn dar und lässt die sonstigen Handelsbeteiligungsgewinne unberücksichtigt.

Von den Erlösen sind nunmehr die Abschreibungen abzusetzen und zwar eine Grubenabschreibung von 1,04 Mark je Tonne nach den Berechnungen Dr. Baades im Schmalenbachgutachten. Eine Kokereiabschreibung von 1,19 je Tonne Koks und eine Brikettabschreibung von 0,20 Mark je Tonne Briketts nach Schmalenbach. Diese Sätze liegen 19 bzw. 100 Prozent über den vorher vom R.W.M. angewandten Sätzen. Auch der Baadesche Abschreibungssatz erscheint etwas zu hoch, zumal da Dr. Baade selbst zugibt (Gutachten 3.87) dass darin "noch gewisse stille Reserven" enthalten sind.

Nach Absetzung der genannten Abschreibungen ergibt sich folgende Gesamtkalkulation

Kohlengewinn je Tonne absatzfähige Kohle	1,97 Mark
Kokereigewinn je Tonne " "	2,02 "
Brikettgewinn je Tonne " "	0,10 "
Handelsgewinn je Tonne " "	0,40 "
Kapitalertrag je Tonne absatzfähige Kohle	<u>4,49 Mark.</u>

Diese Summe stellt den Kapitalertrag dar, der in der Verfügungsgewalt der Kapitalbesitzer und Kapitalgeber in Form von Dividenden, Zinsen oder Werterhöhungen der Anlagen durch Selbstfinanzierung übergeht. Das Ausmass dieser Spanne ist so gross, dass daraus die unbedingt erforderlichen Kohlenpreissenkungen und zwar in einem viel wirksameren Masse als die Zechenbesitzer der Regierung Brüning in Aussicht gestellt haben, gedeckt werden können, ohne dass man sich dazu an den gegenwärtigen unzulänglichen Einkommenverhältnissen der Bergarbeiter zu vergreifen braucht und lässt danach immer noch genügend Spielraum um ev. anfängliche Kostenverschiebungen infolge der Neuordnung der Arbeits-

zeit gemäss dem Tarifvertrage hinnehmen zu können. Wie gross die Verschiebungen sein werden, lässt sich im voraus nicht bestimmen. Sie werden aber auch im ungünstigsten Falle nie so gross werden, dass dadurch ein echter Rentabilitätsverlust für die Gesamtheit des Ruhrbergbaues zu befürchten wäre.

SPD. Der Reichskalirat ist sich am Dienstag über eine Frachtenvergünstigung schlüssig geworden. Das Deutsche Kalisyndikat teilt über die Sitzung des Kalirats u.a. folgendes mit: Das geschäftsführende Mitglied des Reichskalirats, Geheimerat Brentzel, erläuterte eingehend die Vorschläge des Deutschen Kalisyndikats betreffend Aenderung der bisherigen Frachtenparitäten und Einführung eines regionalen Frachtausgleichs für die Belieferung der deutschen Landwirtschaft mit Kalidüngesalzen. Alle im Reichskalirat vertretenen Gruppen, Landwirtschaft, Kalierzeuger, Arbeitnehmer, Länder, Handel und weiterverarbeitende Industrie, stimmten diesem Vorschlag einmütig zu. Hiernach wird eine neue einheitliche Frachtparität Sondershausen geschaffen. Das Kalisyndikat wird in Zukunft Mindestfrachten von 50 Kilometern und Höchstfrachten von 270 km berechnen. Alle Frachten zwischen 50 km Mindestfracht und 270 km Höchstfracht werden um 10 % ihrer bisherigen Höhe gesenkt. Darüber hinaus tritt eine Ermässigung je nach der Entfernung bis zu 37 % ein. Dieser Frachtausgleich bedeutet eine starke Entlastung für die weiterentfernten Bezieher, insbesondere in den Landesteilen Ostpreussen, Grenzmark, Schlesien, Pommern, Schleswig-Holstein, gewissen Teilen der Rheinprovinz und Süddeutschland. Die Neuregelung soll am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft treten; jedoch hat sich das Kalisyndikat bereit erklärt, die Vergünstigungen aus dieser neuen Frachtenregelung den landwirtschaftlichen Abnehmern schon jetzt zugute kommen zu lassen.*

Berliner Viehmarkt.

(11. November)

SPD. Der Dienstagmarkt brachte den fälligen Sturz der Schweinepreise, der sich in der Hauptsache daraus erklärt, dass sich die Beschickung des Marktes gegenüber den Vorwochen wieder normaler gestaltet. Die Preise gaben in fast allen Klassen nach. Bei fetter Ware liegt ein Rückgang pro Pfund Lebendgewicht um 5 Pfennige vor, in anderen Klassen ist die Preisermässigung höher. Der Hammelmarkt hatte langsames Geschäft bei genügendem Angebot. Die Preise gaben nach. Auf dem Kälbermarkt ist die festzustellende Preissteigerung auf ungenügendes Angebot zurückzuführen. Auf dem Rindermarkt konnten im grossen und ganzen die letzten Notierungen gehalten werden.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 41 - 47 (voriger Markt 42 - 48), b) 32 - 40 (32 - 39), c) 28 - 30 (27 - 30), d) 25 - 27 (23 - 25), Kälber: a) - (-), b) 80-88 (78 - 86), c) 70-83 (70-82), d) 45 - 65 (45-65), Schweine: a) (über 300 Pfund) 63 - 65 (70), b) (240-300 Pfund) 63-65 (68-69), c) (200-240 Pfund) 61-65 (66-68), d) (160-200 Pfund) 57-60 (64-66), e) (120-160 Pfund) 53-56 (60-62), f) (unter 120 Pfund - (-), g) (Sauen) 55-57 (60-61).

SPD. Die Schöffenhof-Binding-Bürgerbrauerei A.G. in Frankfurt a.M. verteilt wie im Vorjahr eine Dividende von 20%.

SPD. Aus Fachkreisen wird uns geschrieben: Nach Mitteilungen des Reichs-
ernährungsministeriums ist mit dem Deutschen Fleischer- (Meister-) Verband ver-
einbart worden, die "Spanne" für Schweinefleisch um 5 Pfennige pro Pfund zu sen-
ken. Im Arbeiterhaushalt wird noch immer das Rund- und Hammelfleisch bevorzugt,
weil es sich, abgesehen von einzelnen Schweinefleischteilen, zum Kochen eignet.
Der Arbeiter, dem an einem kräftigen Mittagsmahl mehr als an seinem Sonntags-
braten liegt, hat also unmittelbar vom Preisnachlass für Schweinefleischkei-
nen Vorteil. Seinem Brotbelag, der Wurst, die aus Schweinefleisch hergestellt
ist, trägt der Preisabbau keine Rechnung. Ein Preisabbau, wie ihn die Reichs-
regierung bekannt gibt, bringt dem Arbeiter herzlich wenig Vorteil, allenfalls
den Kreisen, denen auch an Wochentagen ein Schweinekotelett oder =filet willkom-
men ist. Die Arbeiterfrau, die glaubt, nun auch in der Woche einmal etwas "Schwei-
negesottenes" auf den Tisch bringen zu können, wird also recht bald die Fest-
stellung machen müssen, dass sich im Schweinefleischpreis nicht viel geändert
hat.

Die "Fleischer-(Meister-)Verbandszeitung" nimmt in ihrer Nummer 264 vom
10. November unter der Überschrift: "Warum haben wir zugestimmt?" zu den Verein-
barungen mit dem Reichs ernährungsminister Stellung und schreibt:

"Dieser Schritt, dessen Tragweite jedem Beteiligten licht-klar vor Augen
stand, bedeutet keine rechtliche Verpflichtung gegenüber dem behördlichen Part-
ner, sondern nur eine moralische Bindung." Die "Fleischer-Verbandszeitung"
stellt also fest, dass kein Fleischermeister bange zu sein braucht, mit den Be-
hörden, falls er den Preisabbau nicht durchführt, in Differenzen zu geraten. Sei-
ne eigene Angelegenheit ist es, wie er "moralisch" zum Preisabbau steht!

Dass es aber dem "Deutschen-Fleischer-Verband" selbst nicht ernst um den
Preisabbau des Fleisches ist, beweisen seine weiteren Ausführungen in der "Flei-
scher-Verbands-Zeitung". Das Blatt stellt fest:

"Der Beschluss besagt nicht etwa, dass von Stunde an der Preis für Schweine-
fleisch um den genannten Betrag herabgesetzt werden soll."

Es muss in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass die fleischerge-
werblichen Kreise keinesfalls so preisabbaufreudig eingestellt waren, wie es
von verschiedenen Seiten dargestellt wird. Wir berufen uns wieder auf die "Flei-
scher-Verbands-Zeitung", die am Schluss ihrer Betrachtung schreibt:

"Ueber die Durchführbarkeit der behördlichen Radikalkuren kann man geteil-
ter Meinung sein. In der Erinnerung aller Fleischermeister sollten die Erfahrun-
gen der Zwangswirtschaft noch lebendig genug sein..."

Also, die Angst vor der Regierung, einen zwangsweisen Preisabbau vorzuneh-
men, liess den "Deutschen Fleischer-Verband" überhaupt erst dem Verhandlungser-
gebnis zustimmen.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission
vom 11. November: I. 137 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz:
stetig.

SPD. Frankfurt/M., 11. Nov. (Eig. Drahtber.)
Die Frankfurter Schweinemetzgervereinigung hat beschlossen, die Preise für
Schweinefleisch um 10 bis 20 Pfennig und für billigere Wurstsorten um 20 bis
40 Pfennig herabzusetzen. Es ist zu wünschen, dass die anderen Metzgervereini-
gungen bald diesem Beispiel folgen.

Weiterer Rückgang.

(Berliner Getreidebörse vom 11. November)

SPD. Die mattere Tendenz des Vortages fand auch an der Berliner Produktenbörse am Dienstag ihre Fortsetzung. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Eröffnungsnotierungen besonders beim Weizen, zum Teil aber auch beim Roggen erheblich abgeschwächt. Indessen konnte später eine etwas freundlichere Stimmung Platz greifen, so dass ein Teil der Verluste wieder aufgeholt wurde. Das Angebot an promptem Brotgetreide blieb vollkommen ausreichend und übertraf namentlich beim Weizen erheblich den Bedarf. Der Konsum hält sich wieder mehr zurück, so dass auch hier Preisrückgänge von 1 bis 2 Mark beim Roggen und von 2 Mark und darüber beim Weizen zu verzeichnen waren. Das Mehlgeschäft blieb vollkommen leblos; die Käufer hielten sich sehr zurück, obwohl die Mühlen in ihren Forderungen nachgiebiger waren. Hafer hatte sehr ruhige Tendenz. Das Angebot war ausreichend, jedoch zeigte sich auch hier wenig Kauflust des Konsums. Die Preise waren verkaufstetig.

	<u>10. Nov.</u>	<u>11. Nov.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	251 - 252	247 - 248
Roggen	155 - 159	152 - 154
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriergerste	168 - 178	168 - 178
Hafer	141 - 151	141 - 151
Weizenmehl	29,25 - 37,75	29,00 - 37,50
Roggenmehl	24,40 - 27,50	24,15 - 27,25
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,50 - 8,00	7,50 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 262-262½ (Vortag 265 März 276½-277½ (279½), Mai 284 und Brief (287½). Roggen Dezember 169½-170½ (171), März 185½-185¾ (186½), Mai 190½-192 (194). Hafer Dezember 151½-152 (152½) März 167 (168), Mai - (176½).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	R.H.	0,70 - 0,85
" Weizenstroh	" R.H.	0,60 - 0,70
" Haferstroh	" R.H.	0,65 - 0,80
" Gerstenstroh	" R.H.	0,65 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	R.H.	0,80 - 1,05
Bindfadengepresstes Roggenstroh	R.H.	0,75 - 0,95
" Weizenstroh	R.H.	0,70 - 0,80
Häcksel	R.H.	1,50 - 1,65
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	Tendenz still R.H.	1,40 - 1,75
Gutes Heu, gesund und trocken	R.H.	1,80 - 2,25
Luzerne, lose	R.H.	2,90 - 3,30
Thymothee, lose	R.H.	2,80 - 3,20
Kleeheu, lose	2. Schnitt R.H.	2,60 - 3,00
Mielitz=Heu, lose, rein (Warthe)	R.H.	1,65 - 1,85
" " " " (Havel)	R.H.	1,20 - 1,50
Drahtgepresstes Heu	R.H.	0,40 über Notiz.
	Tendenz still.	